

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 1998-2002

Jahresmodell LIMA/97

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast Nr. 2^{*)}

^{*)} Die Prognose ist bisher in der Reihe "Institutsarbeit" erschienen.

Januar 1998

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer
Jarko Fidrmuc
Christian Helmenstein
Helmut Hofer
Robert Kunst
Karl Pichelmann
Gerhard Rünstler
Andreas Wörgötter

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Zusammenfassung	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2. Die internationale Konjunktur	7
2.1. Internationale Konjunkturprognose	7
2.2. Länder	8
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	13
3. Die österreichische Außenwirtschaft	14
4. Perspektiven der Inlandskonjunktur	16
5. Monetäre Prognose	24
Abbildungen: Ergebnisse der monetären Prognose	27/28/29
6. Die zyklische Volatilität von Wachstum und Beschäftigung und die Flexibilität der Reallöhne	30
7. Hysteresis in Arbeitslosenraten	35
8. Entwicklung des österreichischen Außenhandels seit dem EU-Beitritt	42
Tabellenanhang	50

1. Einleitung und Zusammenfassung

Wachstumsbeschleunigung ermöglicht Arbeitsmarkterholung

Die österreichische Wirtschaft hat die Erholung der europäischen Wirtschaftslage abgeschwächt nachvollzogen. Während auf der einen Seite der Außenhandel sich stürmisch entwickelt, bleibt die Inlandsnachfrage gedämpft. Die Beurteilung der mittelfristigen Aussichten für die österreichische Wirtschaft verlangen daher eine genaue Analyse der beiden verschiedenen Gesichter der Konjunktur.

Gegen eine allzu rasche Erholung der Inlandsnachfrage spricht der parallele Verlauf des Einkommenswachstums und der Sparquote. Mit anziehendem Einkommenswachstum ist daher auch wieder mit einer steigenden Sparquote zu rechnen. Dadurch kommt es zu einer Dämpfung bei der Übertragung außenwirtschaftlicher Impulse auf die heimische Konjunktur. Zu dieser Problematik finden sich weiter hinten ausführliche Erläuterungen.

Die Euphorie über die günstige internationale Wirtschaftsentwicklung hat durch die Krise der südostasiatischen Kapitalmärkte ein jähes Ende gefunden. Fällt der internationale Rückenwind der Konjunktur zusammen, so wäre dies tatsächlich eine ernste Bedrohung für den zarten Konjunkturaufschwung in Europa. Nach eingehenden Diskussionen und Abwägen verschiedener Argumente hat sich am IHS die Auffassung durchgesetzt, daß die Krise in Südostasien mit einem vorübergehenden Nachfrageschock verglichen werden kann. Es stellt sich heraus, daß diese Wirtschaften weniger reich sind als bisher angenommen. Dadurch ist zur Erreichung desselben Konsumniveaus mehr Arbeitsleistung notwendig. Daher kann nach Durchführung der diskutierten Reformmaßnahmen zur Entflechtung von Politik, Militär, Wirtschaft und insbesondere den Finanzmärkten wieder ein tragfähiger Wirtschaftsaufschwung einsetzen.

Ähnlich wie nach dem Börsenkrach 1987 und der Mexikokrise 1995 gehen wir davon aus, daß die Ansteckungseffekte außerhalb des Pazifik gering bleiben werden. Am stärksten wird Japan betroffen sein. Spürbar könnte auch eine Konjunkturabschwächung in den USA und Großbritannien einsetzen. Am europäischen Kontinent sollten die Auswirkungen der Tigerlähmung wegen der stärkeren Binnenorientierung begrenzt bleiben.

Bei dieser Gelegenheit muß auch darauf hingewiesen werden, daß zu Jahresbeginn 1998 nicht nur negative Konjunkturschocks zu beobachten sind. So bedeutet der Verfall der Rohölpreise eine unmittelbare Entlastung von Haushalten und Unternehmen.

Das IHS sieht daher keine Veranlassung das bereits bei der letzten mittelfristigen Prognose angenommene Konjunkturbild generell zu revidieren.

Die österreichische Wirtschaft wird in den nächsten 5 Jahren¹ gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt um 2.5 % wachsen. Das ist um 0.8 % pro Jahr mehr als in den letzten 5 Jahren. Österreich gehört damit zu den weniger schnell wachsenden Ländern Europas.

Gegenüber den letzten 5 Jahren wird sich bis 2002 vor allem beim privaten Konsum, den Bauinvestitionen und beim Reiseverkehrsimport eine deutliche Abschwächung ergeben.

Das Wachstum des realen privaten Konsums² geht von 1.6 % auf 1.5 % zurück, obwohl im selben Zeitraum das reale Wachstum des disponiblen Einkommens von 1.1 % auf 1.7 % steigt. Dieser Anstieg kommt ausschließlich durch die Verringerung der Inflationsrate (gemessen am Verbraucherpreisindex) von 2.4 % auf 1.8 % zustande. Das nominelle Wachstum des disponiblen Einkommens bleibt mit 3.5 % konstant, obwohl das Wachstum des nominellen Bruttoinlandsprodukts von 3.9 % auf 4.1 % zunimmt.

Eine kräftige Beschleunigung erfahren die Ausrüstungsinvestitionen, deren reales Wachstum von 2.9 % auf 5.2 % zunimmt. Dahinter stehen die Bemühungen den Wirtschaftsstandort Österreich durch eine hohe Kapitalintensität abzusichern. Auf die steigende Investitionsquote wird weiter hinten noch näher eingegangen.

Im Gegensatz dazu muß die Bauwirtschaft eine deutliche Wachstumseinbuße hinnehmen. Während in den letzten 5 Jahren ein Wachstum der realen Bauinvestitionen von 2.4 % verbucht werden konnte, liegen die Prognosen für die nächsten 5 Jahre nur bei 1.5 %. Dahinter steckt auch die geringe Nachfrage für Wohnungen, die durch den Zuwanderungsstop sowie eine verringerte Neigung der österreichischen Bevölkerung Familien zu gründen verursacht wird. Eine angenehme Begleiterscheinung dieser Entwicklung ist die Drehung des Wohnungsmarktes in einen Käufermarkt, wodurch der Tendenz zu preistreibenden Mietzinserhöhungen ein Ende gemacht wurde.

Die treibende Kraft des laufenden Wirtschaftsaufschwunges ist der Außenhandel. Das Wachstum der Exporte im weiteren Sinn beschleunigt sich von 5.5 % auf 6.0 %. Dies geht vor allem auf die bereits absehbare Erholung der Tourismuswirtschaft zurück. Die realen Reiseverkehrsexporte werden in den nächsten 5 Jahren eine Expansion von 1.9 % p.a. aufweisen, während in den letzten 5 Jahren noch eine Schrumpfung um 4.7 % p.a. hingenommen werden mußte. Das Wachstum der realen Importe im weiteren Sinn sinkt von 5.7 % auf 5.0 % obwohl das Warenimportwachstum von 4.9 % auf 5.5 % zunimmt. Dieser Anstieg wird aber durch den Rückgang des Wachstums der realen Reiseverkehrsimporte von 6.0 % auf 1.2 % mehr als kompensiert.

¹ Durchschnittliche Zuwachsraten werden als geometrisches Mittel der Jahre Vorjahresveränderungen von 1998 bis 2002 errechnet. Bei Absolutwerten wird der arithmetische Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2002 gebildet.

² Die angesprochenen Vergleiche beziehen sich jeweils auf die 5 Jahre 1998-2002 einerseits und 1993-1997 andererseits.

Trotz der Wachstumsbeschleunigung kann eine Abschwächung der Inflation prognostiziert werden. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Verbraucherpreisindex fällt von 2.4 % auf 1.8 %. Dazu tragen einerseits die Auswirkungen der geänderten Wettbewerbsbedingungen im Zuge des EU Beitrittes und andererseits weitere Preisdämpfungseffekte im Gefolge der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung bei. Daß der EURO kommt und mittelfristige Vorteile für die Wirtschaft bringt, hat sich durch die dramatische Verringerung der Zinsdifferentiale auf den Finanzmärkten niedergeschlagen. Langsam beginnt auch die Stimmung der Bevölkerung sich zugunsten des EURO zu wenden. Unsere Prognose geht jedenfalls davon aus, daß der EURO-Fahrplan eingehalten wird und im Zug mindestens 10 Währungen mitfahren.

Der österreichische Arbeitsmarkt profitiert überraschend stark von der leichten Wachstumsbeschleunigung um 0.8 %. Die Wachstumsrate der unselbständigen Aktivbeschäftigung steigt von 0.0 % auf 0.6 %. Damit kann im Gegensatz zu früheren mittelfristigen Prognosen wieder ein deutliches Sinken der Arbeitslosenrate von 7.1 % (1998) auf nur mehr 6.5 % (2002) erwartet werden.

Den internationalen Vorgaben folgend werden die langfristigen nominellen Zinsen (Benchmark) von 6.6 % auf 5.6 % sinken und damit wieder einen Trend zu sinkenden Realzinsen einleiten.

Die österreichische Wirtschaftspolitik hat die Maastricht Kriterien quantitativ einwandfrei erfüllt. Die nächsten Jahre werden durch ein verstärktes Bemühen um eine qualitative Verbesserung der österreichischen Wirtschaftsstrukturen gekennzeichnet sein müssen. Dabei steht vor allem die überfällige Steuerreform an. Darüber hinaus muß es generell zu einer Redimensionierung des Staates als Dienstleistungsanbieter in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport, Infrastruktur und Gesundheit kommen. Auch die kurzfristige Lösung der Pensionsproblematik durch höhere Beiträge und geringere Leistungen bei ansonsten unveränderten Strukturen ersetzt nicht die anderswo bereits abgeschlossene und umgesetzte tiefgreifende Reform der Pensionssysteme durch eine stärkere Betonung des Drei-Säulenmodells.

Wichtige Prognoseergebnisse

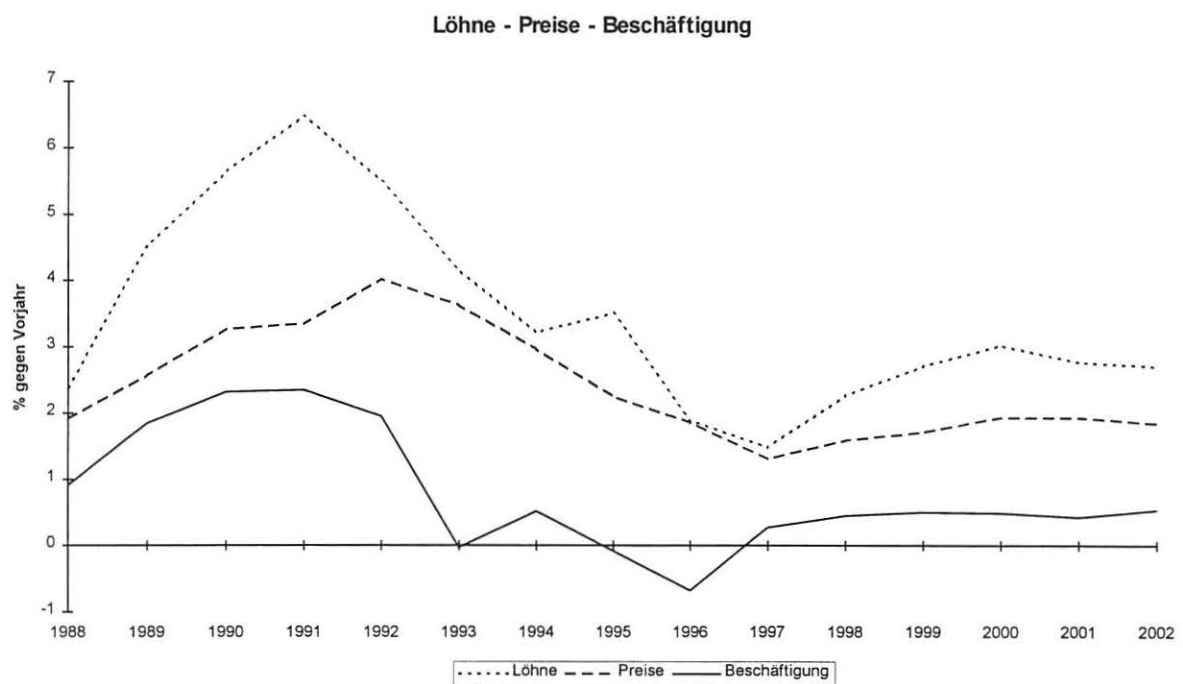
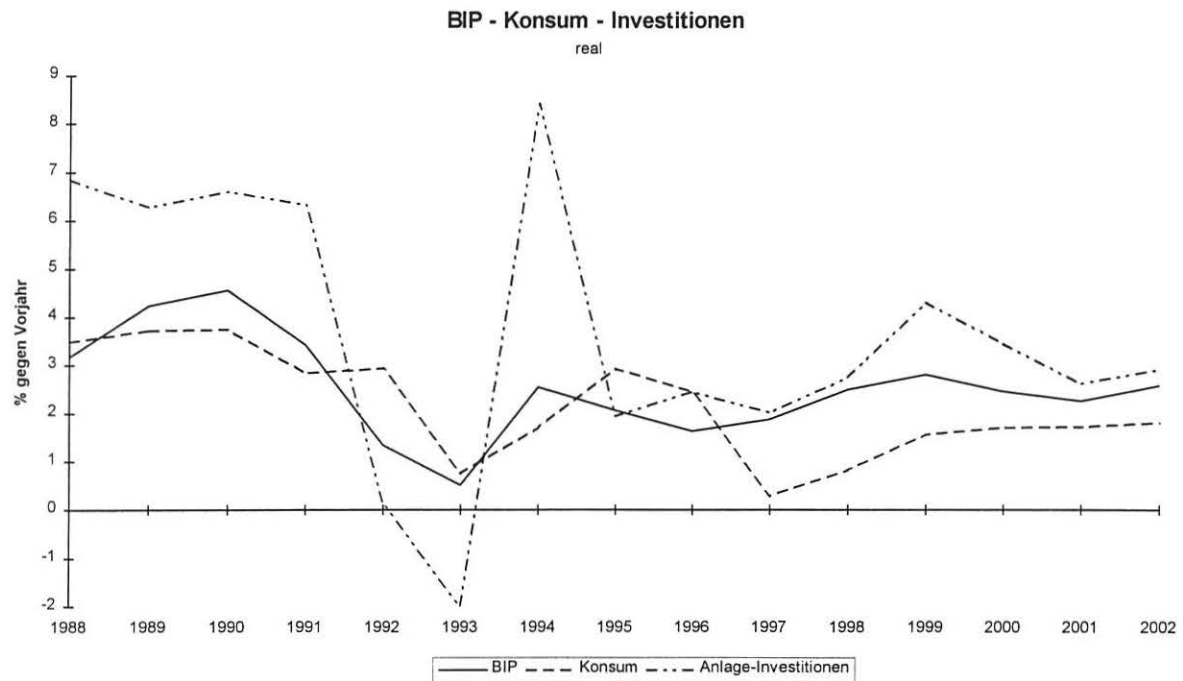
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1993-97	1998-2002
Brutto-Inlandsprodukt, real	1.7	2.5
Privater Konsum, real	1.6	1.5
Bruttoanlageinvestitionen, real	2.5	3.2
Ausrüstungsinvestitionen, real	2.9	5.2
Bauinvestitionen, real	2.4	1.5
Inlandsnachfrage, real	1.8	1.9
Exporte i.w.S., real	5.5	6.0
Waren, real (lt. VGR)	7.1	6.9
Reiseverkehr, real (lt. VGR)	-4.7	1.9
Importe i.w.S., real	5.7	5.0
Waren, real (lt. VGR)	4.9	5.5
Reiseverkehr, real (lt. VGR)	6.0	1.2
Unselbständig Aktivbeschäftigte	0.0	0.6
Arbeitslosenrate: Nationale Definition *)	6.8	6.7
Arbeitslosenrate: Eurostat Definition	4.2**)	4.3
Bruttolohnsumme pro Aktivbeschäftigten	2.8	2.7
Verfügbares Einkommen, nominell	3.5	3.5
Preisindex des BIP	2.2	1.6
Verbraucherpreisindex	2.4	1.8
Geldmenge M1	8.8	5.4
Sekundärmarktrendite *)	6.0	5.2
Rendite Benchmark	6.6	5.6
Leistungsbilanz (Mrd.S) *)	-31.8	-22.4

*) absolute Werte

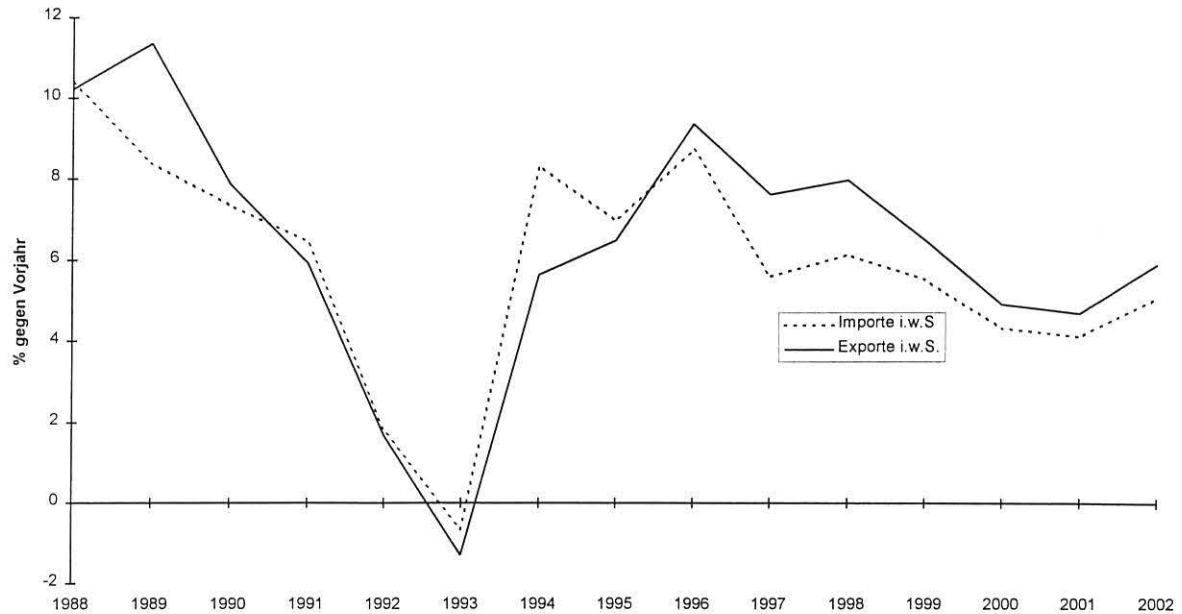
**) 1994-97

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /1

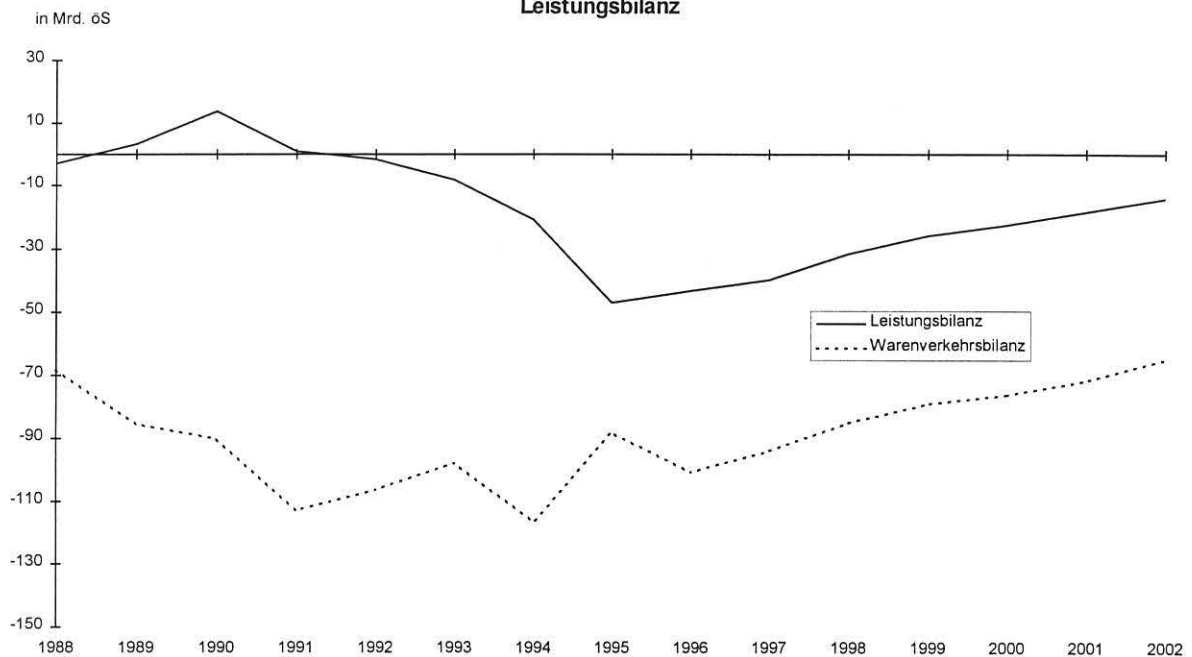


WICHTIGE PROGNOSEERGESNISSE /2

Importe (i.w.S.) - Exporte (i.w.S.)



Leistungsbilanz



2. Die internationale Konjunktur

2.1. Internationale Konjunkturprognosen

Obschon die Mitte 1997 aufgebrochenen wirtschaftlichen Turbulenzen in Ostasien die Wachstumsentwicklung in dieser Region kurzfristig dämpfen könnten, wird der Einfluß der Krise auf die Weltwirtschaft allgemein als eher gering eingeschätzt. Die wichtigsten Gründe für diese optimistische Einschätzung liegen einerseits in den weiterhin soliden Fundamentaldaten dieser Ökonomien sowie in der vor allem vom Binnenmarkt geprägten Konjunktur in den USA. Allerdings könnten mit der Wachstumsabschwächung in den Tigerstaaten verbundene geringere Exportchancen für etwa US-amerikanische Firmen, den Eintritt der allgemein erwarteten Wachstumsabschwächung in den USA etwas beschleunigen sowie verstärken. Das international niedrige Zinsniveau sowie die guten Fundamentaldaten der US-Wirtschaft - vor allem was die Beschäftigung sowie den privaten Konsum anbelangt - lassen allerdings allzu dramatische spill-over Effekte als eher unwahrscheinlich erscheinen.

Nachdem in Europa in den letzten Jahren die konjunkturelle Erholung zu einem wesentlichen Teil von den Exporten getragen war, mehren sich nunmehr die Anzeichen für ein Übergreifen der Dynamik auf Konsum und Investitionen. Das Abklingen der Budgetkonsolidierungslasten sowie die demnächst bevorstehende Entscheidung hinsichtlich des Teilnehmerkreises an der Europäischen Währungsunion sollte ebenfalls dem heimischen Wachstumspotential zusätzlichen Auftrieb verschaffen. Trotz der negativen Auswirkungen der Finanzkrise auf die Tigerstaaten selbst könnte die Krise allerdings auch die Gelegenheit bieten, in der Zeit des explosiven Wachstums entstandene Ungleichgewichte zu beheben und der Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums größere Aufmerksamkeit zu schenken.

In Japan könnte die Krise der Tigerstaaten für die von den Budgetkonsolidierungsmaßnahmen ohnehin belastete Wirtschaftsdynamik eine weitere Belastung darstellen. Daher wird allgemein davon ausgegangen, daß die Asienkrise vor allem die japanische Wirtschaftsentwicklung beeinträchtigen dürfte.

OECD-Schätzungen vom Dezember 1997 gehen davon aus, daß die ostasiatische Finanzkrise das japanische Wirtschaftswachstum 1998 um etwa 1½ Prozentpunkte dämpfen könnte, nach einer Beeinträchtigung um etwa ½ Prozentpunkt im Jahr 1997. Für die USA errechnet die OECD-Simulation für 1997 einen negativen Einfluß von etwa ¼ Prozentpunkt und für heuer von zirka ½ Prozentpunkt. Hinsichtlich der Auswirkungen auf das Wachstum der EU geht die OECD von einer ähnlichen Größenordnung wie für die USA aus. Die Europäische Kommission ist vor allem in bezug auf die

Auswirkungen auf die Europäische Union optimistischer und rechnet mit einem dämpfenden Effekt von etwa 0.1-0.2 Prozentpunkten.

Hinsichtlich der monetären Rahmenbedingungen behauptet die jüngste OECD-Einschätzung, daß die derzeit den wirtschaftlichen Gegebenheiten entsprechenden Wechselkursrelationen auch in nächster Zukunft anhalten dürften. Auch wird weiterhin ein relativ niedriges Zinsniveau erwartet, wobei der dämpfende Effekt der ostasiatischen Finanzkrise mithelfen könnte, etwaige Zinsanhebungen in den USA hinauszuzögern. Auch im Hinblick auf die Rohstoffpreise, wird in nächster Zukunft kaum mit gravierenden Spannungen gerechnet.

Die Dezember OECD-Prognose geht in ihrem mittelfristigen Szenario von einem durchschnittlichen Wachstum aller OECD-Staaten im Zeitraum 1999-2003 2.8 % aus, wobei das durchschnittliche Wachstum der EU 2.6 %, der USA 2.3 % und Japans 2.6 % betragen sollte. Die Dynamik in den einzelnen Regionen dürfte allerdings sehr unterschiedlich verlaufen. Die volatilste Entwicklung ist in Japan zu erwarten. In den USA ist nach der deutlich über dem Potentialwachstum liegenden Wirtschaftsentwicklung in nächster Zeit eine allmähliche Abkühlung zu erwarten, wozu neben der Dämpfung durch die ostasiatische Wachstumsabschwächung die USD-Aufwertung der letzten Zeit beitragen sollte. Für Europa erwartet die OECD nach der von den Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung bedingten Wachstumsverlangsamung für die nächsten Jahre eine deutliche Wachstumsbeschleunigung. Die mittelfristige Prognose der EU ist ähnlich, und unterstellt regional unterschiedlichen Wachstumsdynamik, welche letztlich zu einem Abbau der Output-Gaps in den anderen Regionen führen sollte.

2.1. Länder

DEUTSCHLAND

Die sich in der 2. Hälfte des Vorjahres abzeichnende Wachstumsbeschleunigung sollte heuer an Kraft gewinnen, wobei vor allem heimische Investitionen sowie verstärkter Konsum zu den wichtigsten Konjunkturstützen werden sollten. Nach einem kräftigen Wachstumsschub im Jahr 1998 und 1999 sollten eine steigende Kapazitätsauslastung sowie die Belebung der Importnachfrage die Wachstumsdynamik allerdings wieder etwas reduzieren. Das kräftige Wirtschaftswachstum könnte zu einer höheren Nachfrage nach Arbeitskräften führen, obschon angesichts des Auslaufens zahlreicher Beschäftigungsprogramme sowie eines zu erwartenden steigenden Arbeitsangebots nicht notwendigerweise mit einem Sinken der Arbeitslosenquote gerechnet werden kann.

Angesichts des erwarteten kräftigen Wirtschaftswachstums ist auch mit einer Abschwächung des Preisauftriebes zu rechnen, der durch die Mehrwertsteuererhöhung sowie die steigende Arbeitsnach-

frage weiter angeheizt werden könnte. Allerdings ist kaum damit zu rechnen, daß Deutschland vor 1999 seinen „potential output“ überschreiten könnte.

Die mäßigen Fortschritte bei der Steuerreform sowie der Budgetkonsolidierung könnten die Belebung der heimischen Nachfrage und auch die Erholung der in sich in einer Redimensionierungsphase befindlichen Bauwirtschaft verzögern.

Die OECD rechnet für den Zeitraum 1999-2003 mit einem durchschnittlichen BIP-Wachstum von 2.7 %, wobei 1998 3 % und 1999 2.9 % erwartet werden. Die Europäische Kommission erwartet ein durchschnittliches BIP-Wachstum von etwa 2¾ %. Hinsichtlich des Preisauftriebs bleiben die OECD-Berechnungen relativ optimistisch bei 1.5 % für die nächsten Jahre, während OECD und NIESR mit einer Beschleunigung auf etwa 2 % rechnen. Sowohl die OECD als auch die Europäische Kommission erwarten einen geringfügigen Rückgang der Arbeitslosenquote innerhalb der nächsten 5 Jahre.

WEITERE EUROPÄISCHE LÄNDER

Auch in **Frankreich**, das in konjunktureller Hinsicht viele Ähnlichkeiten mit der Situation in Deutschland (exportgetragenes Wachstum, schwache Binnennachfrage, hohe Arbeitslosigkeit) aufweist, scheint sich eine Wachstumsbeschleunigung abzuzeichnen. Nachdem das reale BIP 1997 mit etwa 2.3 % wuchs, dürfte ein starkes Wachstum der französischen Exportmärkte sowie eine kräftigere Binnennachfrage die wirtschaftliche Dynamik deutlich beleben. Die OECD und die Europäische Kommission erwarten für 1998 und 1999 eine Beschleunigung des BIP-Wachstums auf 2¼ bzw. knapp 3 %, während das NIESR bereits für dieses Jahr einen Zuwachs um 2.8 % und in den nächsten beiden Jahren eine leichte Wachstumsabschwächung auf 2.6 bzw. 2.4 % prognostiziert. Ähnlich wie in Deutschland sollte auch in Frankreich das kräftigere Wachstum zu einem Anstieg der Arbeitskräfte-nachfrage und zu einem geringfügigen Sinken der Arbeitslosenquote führen.

Im **Vereinigten Königreich** deuten immer mehr Anzeichen – wie etwa ein Rückgang der Einzelhandelsumsätze - auf eine bevorstehende Wachstumsabschwächung hin. Angesichts des kräftigen Wachstums der letzten Jahre entspricht dies durchaus den Erwartungen. So etwa rechnet die OECD nach dem BIP-Wachstum von 3.4 % im Jahr 1997 für die nächsten beiden Jahre mit Zuwachsraten von 2.2 % und 2.1 %, während sich der Preisauftrieb verschärfen sollte. Für den Zeitraum 1999-2003 erwartet die OECD ein durchschnittliches Wachstum von 2.4 %, womit sich der Konjunkturzyklus demjenigen Kontinentaleuropas angleichen dürfte. Die Prognosen des NIESR weisen ebenfalls ein ähnliches Wachstumsmuster auf.

Nach den Budgetkonsolidierungsanstrengungen der letzten Jahre dürfte sich auch in **Italien** die wirtschaftliche Zukunft etwas rosiger gestalten. OECD, NIESR sowie die Europäische Kommission

rechnen mit einer Beschleunigung von 1¼ % im Jahr 1997 auf etwa 2¼ % dieses Jahr und 2½ % nächstes Jahr. Der Optimismus basiert im wesentlichen auf einer weniger restriktiven Fiskalpolitik und einer Beschleunigung der heimischen Nachfrage.

USA

Die wirtschaftliche Entwicklung in den USA ist von solidem Wachstum, sinkenden Arbeitslosenquoten, geringer Inflation und einem Trend zu einem ausgeglichenen Budget gekennzeichnet. Allerdings wird allgemein mit einer Rückkehr des Wachstumspfad auf ein mittelfristiges Gleichgewicht von etwa 2½ % gerechnet. Angesichts der hohen Kapazitätsauslastung dürfte sich früher oder später eine Beschleunigung des Preisauftriebs durchsetzen. Bisher allerdings dämpfte die Aufwertung des USD durch die Verbilligung der Importe den heimischen Preisauftrieb. Auch dürfte der erleichterte Zugang US-amerikanischer Unternehmen zu den billigen Arbeitskräften Mexikos den heimischen Lohndruck reduzieren. Mittelfristig sollte die Aufwertung des USD allerdings wachstumsdämpfend wirken sowie den Preisauftrieb anheizen.

Hinsichtlich der Wachstumsdynamik erwarten die internationalen Prognosen mittelfristig eine leichte Wachstumsabschwächung auf etwa 2½ %, während sich der Preisauftrieb in den nächsten Jahren auf etwa 2¼ % beschleunigen sollte. Die Arbeitslosenquote dürfe sich bei etwa 5 % einpendeln.

JAPAN

Angesichts der nur schwer einzuschätzenden Auswirkungen der ostasiatischen Finanzkrise ist auch die Prognose der japanische Wirtschaftsentwicklung mit deutlich höherer Unsicherheit behaftet. Trotz der relativ kräftigen Schwankungen sollte die japanische Wirtschaft allerdings ihrem mittelfristigen Wachstumspotential von etwa 2½ % zustreben. Die jüngste Anhebung der Umsatzsteuer sollte in nächster Zeit den Preisauftrieb verschärfen. Mittelfristig ist allerdings angesichts einer sich unter dem Potentialwachstum befindlichen Wirtschaftsdynamik mit relativ schwachem Preisauftrieb zu rechnen. Auch die Zinsen dürften auf relativ niedrigen Niveau verbleiben.

OSTEUROPA

Eine mittelfristige Prognose der Wirtschaftsentwicklung der osteuropäischen Länder ist angesichts der möglichen künftigen Änderungen der Wirtschaftspolitik, der strukturellen Veränderungen dieser Volkswirtschaften sowie anderer Faktoren mit mehr Unsicherheit als bei den meisten OECD-Ländern verbunden.

Polens Wachstum bleibt mittelfristig trotz einer zyklischen Abschwächung weiterhin beträchtlich. Bereits im Vorjahr präsentierte das Prognoseninstitut in Lodz mehrere langfristige Szenarien der

Wirtschaftsentwicklung in Polen. Dem Basisszenario nach dürfte sich das polnische BIP-Wachstum von 7 % im Jahre 1995 (5.7 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre) auf etwa 4½ % im Jahre 2002 (5 % im Durchschnitt zwischen 1997 und 2002) verlangsamen. Bei einer günstigen Entwicklung der externen sowie internen Faktoren (optimistisches Szenario) könnte sich jedoch das BIP-Wachstum auf über 7 % halten.

Das Finanzministerium in **Tschechien** erwartet nach einer Wachstumspause in den Jahren 1997 und 1998 eine allmähliche Belebung der Wirtschaft auf etwa 5 %. Nach einem Wachstum der tschechischen Wirtschaft von durchschnittlich 2.7 % während der letzten fünf Jahre dürfte sich dieses auf 4¼ % in den Jahren 1998 bis 2002 beschleunigen. Das Wachstum dürfte von den Investitionen und dem Privatkonsum getragen werden. Der negative Außenbeitrag stellt allerdings, ähnlich wie in den letzten Jahren, weiterhin eine Gefahr für die Wirtschaftsentwicklung dar.

Die **Slowakei** hat in den letzten Jahren eine Wirtschaftsentwicklung mit hohen positiven Wachstumsraten (6.9 % im Jahre 1996) hinter sich gebracht. Im Fünfjahres-Durchschnitt ist dabei die Slowakei um 4.0 % jährlich gewachsen und hat damit das zweithöchste Wachstum der vergangenen fünf Jahre (nach Polen) aufgewiesen. Das Wirtschaftsinstitut der Akademie der Wissenschaften in Bratislava erwartet eine Fortsetzung des Wachstums in den nächsten Jahren (5 ¼ % im Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2002). Dieses Szenario ist jedoch mit mittelfristig kaum finanzierbaren Leistungsbilanzdefiziten (von etwa 10 % des BIP jährlich) verbunden, die auf ein erhebliches Risiko aufgrund der abrupten Änderungen der Wirtschaftspolitik bei dieser Prognose hindeuten.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist die **ungarische** Wirtschaft nur geringfügig gewachsen (1.1 % zwischen 1993 und 1997). Ab heuer könnte die ungarische Wirtschaft die BIP-Wachstumsraten in den anderen ostmitteleuropäischen Ländern nachholen. Dabei könnte die restriktive Wirtschaftspolitik sowie die seit dem Anfang der Wirtschaftsreformen hohen ausländischen Direktinvestitionen eine gute Grundlage für ein nachhaltiges Wachstum darstellen. Im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2002 könnte das ungarische BIP-Wachstum 4¼ % erreichen.

Für **Slowenien** erwartet das Institut für makroökonomische Analysen in Ljubljana (IMAD) eine Erhöhung des Wirtschaftswachstums von knapp über 3 % im Vorjahr auf 5 % im Jahre 2001 (4¾ % im Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2002). Die Investitionen zeigen eine starke Entwicklungsdynamik (über 7 % im Jahresdurchschnitt). Die Exporte dürften etwas schneller wachsen als die Importe, sodaß sich die Handelsbilanz im Prognosezeitraum verbessern dürfte.

Die Wirtschaftsentwicklung in **Rumänien** war durch starke Schwankungen der Wirtschaftsdynamik gekennzeichnet. Der Wachstumsvorsprung der Jahre 1995 (7.1 %) und 1996 (4.1 %) wurde durch den dramatischen BIP-Rückgang von etwa 6 % im Vorjahr wieder verloren. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das rumänische BIP um etwa 1.9 % gestiegen. Die rumänische Regierung erwartet, daß bereits heuer die Trendumkehr wieder erreicht wird. Der Durchschnitt der nächsten fünf Jahre wird jedoch durch die Wachstumsverluste heuer und im nächsten Jahr relativ niedrig bleiben (2¼ %).

Im **Rußland** wurde in den letzten fünf Jahren eine Schrumpfung des BIP von 6.4 % jährlich verzeichnet, wobei im Vorjahr die russische Wirtschaft die Trendumkehr geschafft hat. Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte (Defizit von 7 % des BIP) stellt aber laut OECD weiterhin eine Gefahr für die zukünftige Entwicklung dar. Deshalb empfiehlt die OECD eine Steuerreform sowie eine Liberalisierung der Kapitalmärkte und Verbesserungen der Bedingungen für ausländische Direktinvestoren. Aufgrund der Vielzahl der Unsicherheitsfaktoren ist deshalb eine mittelfristige Prognose für Rußland kaum möglich.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1993-97	1998-2002
Welthandel real (NIESR, Oktober 1997)	7.1	7 ½
Welthandel real (OECD, Dezember 1997)	7.1	7 ¾
BIP real		
Bundesrepublik Deutschland	1.9	2 ½
Italien	1.1	2 ½
Frankreich	1.5	2 ½
Vereinigtes Königreich	3	2 ¼
Polen	5.7	5
Slowakei	4.0	5 ¼
Tschechien	2.7	4 ¼
Ungarn	1.1	4 ¾
Bulgarien	-3.4	-
Rumänien	1.9	2 ¼
Slowenien	3.3	4 ¾
Rußland	-6.4	-
USA	2.9	2 ¼
Japan	1.5	2 ¼
EU	1.9	2 ¾
OECD-Insgesamt	2.3	2 ½
Österreichische Exportmärkte	5.3	6
öS/US Dollar Wechselkurs*)	11.3	12 ¼
Rohölpreise*)**)	17.3	19
Nomineller effektiver Wechselkursindex	0.2	0
Realer effektiver Wechselkursindex	-0.3	-1/4

Quelle: IMF, OECD, Europäische Kommission, WIIW, Deutsche Bank, Nationale Statistiken, eigene Berechnungen, NIESR

*) absolute Werte

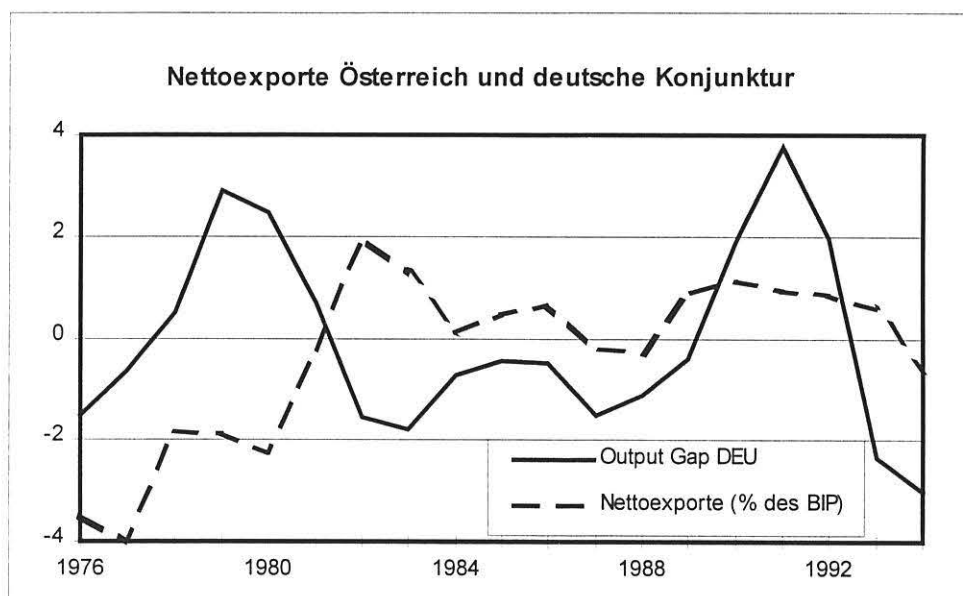
**) US Dollar/Barrel, OPEC Durchschnitt, lt. NIESR

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Im Zuge der Konjunkturerholung in Europa ist für den Prognosezeitraum mit einer spürbaren Verbesserung der außenwirtschaftlichen Position und einer dementsprechenden Verringerung des Leistungsbilanzdefizits zu rechnen. Zum einen wird die Verbesserung der europäischen Konjunkturlage ein weiterhin starkes Exportmarktwachstum mit sich bringen. Importseitig unterstellt die Prognose dagegen eine vergleichsweise schwächere Entwicklung der heimischen Absorption, primär bedingt durch ein im Vergleich zum BIP geringeres Wachstum der disponiblen Einkommen und einen Anstieg der Sparquote der österreichischen Haushalte.

Diese Prozyklizität der österreichischen Nettoexporte in Abhängigkeit von der europäischen Konjunktur kann spätestens seit Beginn der achtziger Jahre als ein recht stabiles Element der österreichischen konjunkturellen Dynamik gelten. Abbildung 3.1 zeigt eine Schätzung der konjunkturellen Komponente des deutschen BIP (den sog. "Output Gap", extrahiert anhand eines strukturellen Zeitreihenmodells) und die österreichischen Nettoexporte in Prozent des BIP für 1976 bis 1994. Die Abbildung zeigt nicht nur den recht engen Zusammenhang über die Konjunktur seit Beginn der achtziger Jahre, sondern auch eine leicht verzögerte Reaktion der österreichischen Nettoexporte. Als eine der Ursachen für dieses Muster gilt die glatte Entwicklung des österreichischen Konsums über den Konjunkturzyklus, welche sich in relativ starken Schwankungen der Sparquote widerspiegelt. Weiters setzen sich die österreichischen Importe zu einem Großteil aus dauerhaften Konsum- und Investitionsgütern zusammen. Die Nachfrage nach beiden Gütergruppen, und dementsprechend die Importnachfrage, ist bekanntlich ausgesprochen stark konjunkturabhängig.

Abbildung 3.1



Gemäß dem den internationalen Prognosen zugrundeliegenden Verlauf der gesamteuropäischen Konjunktur werden die Zuwachsraten der Güterexporte bereits im Jahr 1998 ihren höchsten Wert erreichen und sich danach leicht abschwächen. Im einzelnen rechnet die Prognose mit einem Wachstum der **realen Güterexporte** (lt. VGR) von 9.7 % und 7.5 % für 1998 und 1999, welches sich in den nachfolgenden Jahren auf Werte zwischen 5.2 und 6.6 % reduziert. Die **realen Güterimporte** (lt. VGR) werden mit 6.8 % und 6.1 % in den kommenden beiden Jahren etwas schwächer zunehmen und das Wachstum sich nachfolgend auf Werte zwischen 4.7 % und 5.5 % reduzieren.

Die **realen Reiseverkehrsexporte** dürften sich im Prognosezeitraum stabilisieren. Die Strukturverschiebungen der letzten Jahre haben bekanntlich in einer Verringerung des Überschusses in der Reiseverkehrsbilanz von 67.4 Mrd. öS (3.3 % des BIP) im Jahr 1992 auf 22.7 Mrd. öS (0.9 % des BIP) im Jahr 1996 resultiert. Diese ist wohl zum größeren Teil als permanent zu werten. Es sollte jedoch beachtet werden, daß erstmals seit 1992 die Zunahme der realen disponiblen Einkommen in Deutschland (etwa 21/2 % lt. deutschen Prognosen im Jahr 1998) und die Aufwertung des USD wieder positive nachfrageseitige Signale setzen werden. Dies sollte zur Entspannung der Lage beitragen. Dennoch wird das durchschnittliche Wachstum von 2.0 % während der kommenden fünf Jahre einen weiteren Verlust an Marktanteilen bedeuten. Die **realen Reiseverkehrsimporte** werden sich lt. Modellprognose während des gesamten Prognosezeitraums, bedingt durch den schwachen heimischen Konsum und die Aufwertung des USD, mit Wachstumsraten von durchschnittlich 1.2 % schwach entwickeln.

Mit der Erholung der europäischen Konjunktur werden sich die zuletzt leichten Steigerungen der **Güterexport-** beziehungsweise der **Güterimportpreise** auf durchschnittlich 1.4 % beziehungsweise 1.5 % beschleunigen. Die **Preise der Reiseverkehrsexporte** dürften sich angesichts der Überkapazitäten im Tourismussektor eher schwach entwickeln. Die Prognose rechnet mit durchschnittlich 1.9 % während der kommenden fünf Jahre, während die Preise der Reiseverkehrsimporte mit durchschnittlich 2.4 % stärker zunehmen.

Der Prognose liegt die technische Annahme konstanter Wechselkurse zugrunde. Unter dieser Voraussetzung ist für den Prognosezeitraum zunächst noch mit geringfügigen Abwertungen des effektiven realen Wechselkurses zu rechnen. Dies ist im wesentlichen eine Konsequenz verzögerter Reaktionen auf die Wechselkursverschiebungen des Jahres 1997. Entsprechendes gilt für die Terms-of Trade.

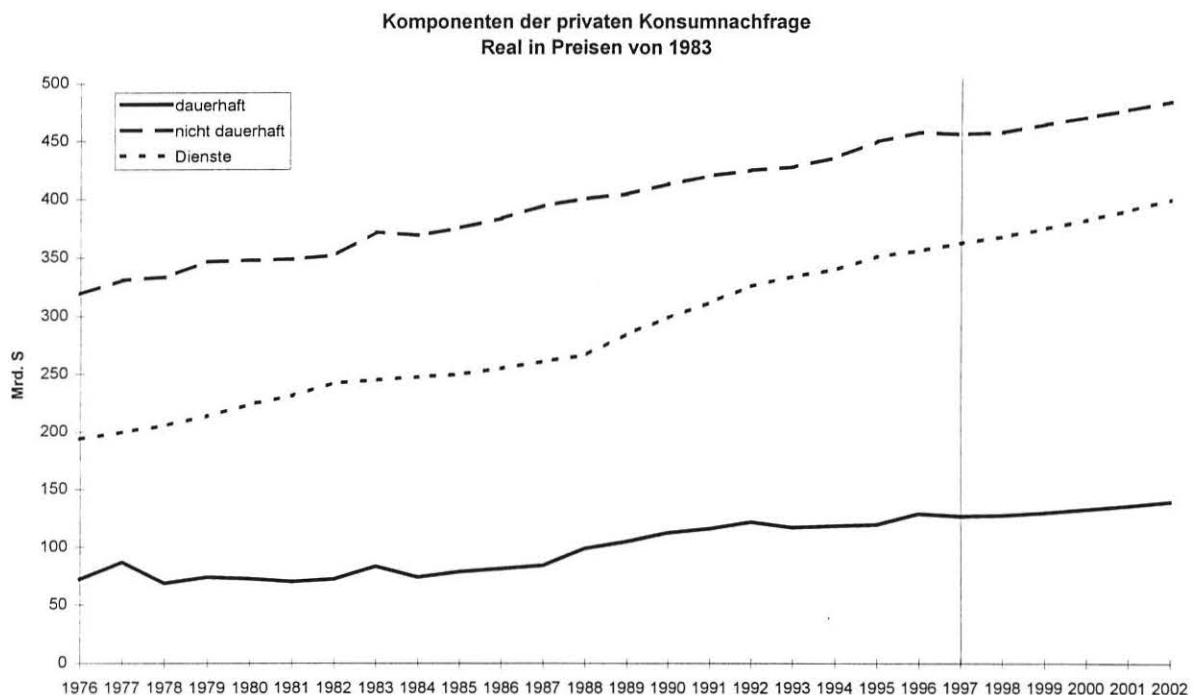
Zusammengenommen ergibt sich damit eine sukzessive Verringerung des **Leistungsbilanzdefizits** von auf 39.8 Mrd. öS (1.6 % des BIP) des Jahres 1997 auf 14.2 Mrd. öS (0.5 % des BIP) im Jahr 2002.

4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Das Nachfrageverhalten der privaten Haushalte während des Prognosezeitraums wird durch die Realeinkommensentwicklung bestimmt. Nach dem Auslaufen der Konsolidierungsphase, in der die Haushalte ihre Konsumansprüche nur durch starke Rücknahme der Haushalts-Sparquote befriedigen konnten, kommt die Einkommensdynamik langsam wieder in Schwung und gibt Spielraum zu einer Wiederaufnahme der mittelfristigen Sparziele. Diese Orientierung an Vorsorgemotiven trägt dazu bei, daß der private Konsum im Prognosezeitraum 1998-2002 nur unterdurchschnittlich wächst.

Im einzelnen kommt es beim **realen privaten Konsum** im Prognosezeitraum zu einem durchschnittlichen Wachstum von 1.5 % p.a., wogegen die verfügbaren Realeinkommen um 1.8 % p.a. steigen werden. Die Haushaltssparquote wird im Mittel bei 8.1 % liegen.

Abbildung 4.1:



Die neue Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung erlaubt eine verbesserte Aufteilung des Gesamt-aggregates "Privater Konsum" in drei Teilbereiche, nämlich den Verbrauch an dauerhaften Gütern (CD), an nicht-dauerhaften Gütern (CND), und an Dienstleistungen (CS). Die Graphik zeigt die längerfristige Entwicklung der drei Subaggregate im historischen Beobachtungszeitraum 1976-1997 und im Prognosezeitraum. Der Löwenanteil des privaten Konsums verbleibt bei den nicht-dauerhaften Gütern (CND), obwohl die Nachfrage nach Diensten kräftig an Boden gewinnt. Der Anteil des kleinsten Teilaggregates CD läßt eine leicht steigende Tendenz im Beobachtungszeitraum erkennen, scheint aber derzeit zu stagnieren. Die Graphik läßt erkennen, daß sich diese längerfristigen Entwicklungen im Prognosezeitraum fortsetzen.

Das Prognosemodell des Instituts modelliert die private Konsumnachfrage mittels dreier detaillierter Verhaltensgleichungen für die Teilaggregate. Die Gleichungen haben die Form von Fehlerkorrekturgleichungen, welche den Wachstumspfad der Konsumnachfrage in den Teilaggregaten an den Wachstumspfad der Realeinkommen binden. Eine stabile Reaktion auf weitere ökonomische Variable, z.B. auf Zinssätze oder auf die Einkommensverteilung, ist derzeit nicht feststellbar. Dies dürfte auch auf das technische Problem zurückzuführen sein, daß der zur Verfügung stehende Beobachtungszeitraum nach der VGR-Reform derzeit noch etwas kurz ist und auch keine Erfahrungen mit Verkettungen zur alten VGR existieren.

Das wichtigste Teilaggregat CND folgt in der historischen Periode 1976-1996 - für 1997 existieren nur vorläufige Schätzwerte - der statistischen Regressionsgleichung

$$\Delta \log(\text{CND}_t) = 1.20 + 0.41 \Delta \log(Y_t) - 0.27 (\log(\text{CND}_{t-1}) - 0.72 \log(Y_{t-1})) + u_t$$

Hier steht das Zeichen Δ für erste Differenzen und der Buchstabe Y für das verfügbare Realeinkommen. Die kurzfristige Elastizität liegt also bei 0.41, die gleichgewichtige langfristige bei 0.72. CND wächst langfristig langsamer als das Einkommen, der Anteil an der Gesamtnachfrage geht zurück. Kurzfristig werden Einkommensbewegungen nur in geringem Ausmaß vom nicht-dauerhaften Konsum mitvollzogen. Die Haushalte orientieren sich in diesem Bereich an ihren Erfordernissen und Gewohnheiten. Der Koeffizient 0.27 drückt eine nur mässig hohe Anpassungsgeschwindigkeit an den langfristigen Wachstumspfad aus.

Bei der Nachfrage nach Diensten CS ergibt sich die Regressionsgleichung

$$\Delta \log(\text{CS}_t) = 0.81 + 0.24 \Delta \log(Y_t) - 0.28 (\log(\text{CND}_{t-1}) - 1.29 \log(Y_{t-1})) + u_t$$

Die kurzfristige Elastizität ist hier mit 0.24 noch geringer, die langfristige aber ist mit 1.29 deutlich größer als 1. Hieraus ergibt sich ein längerfristiges Ansteigen des Anteils aus diesem Sektor, wobei vor allem die Urlaubsreisen eine wichtige Rolle spielen. Die geringe kurzfristige Reaktion drückt aus, daß die Haushalte in diesem Bereich in Phasen schwacher Einkommensentwicklung nicht gerne sparen, sondern dies erst tun, wenn auch die längerfristigen Einkommenserwartungen sinken. Der Anpassungskoeffizient 0.28 ist mit dem Teilaggregat CND identisch.

Für die dauerhafte Nachfrage CD ergibt sich schließlich

$$\Delta \log(\text{CD}_t) = D_t + 0.89 \Delta \log(Y_t) - 0.40 (\log(\text{CND}_{t-1}) - 1.41 \log(Y_{t-1})) + u_t$$

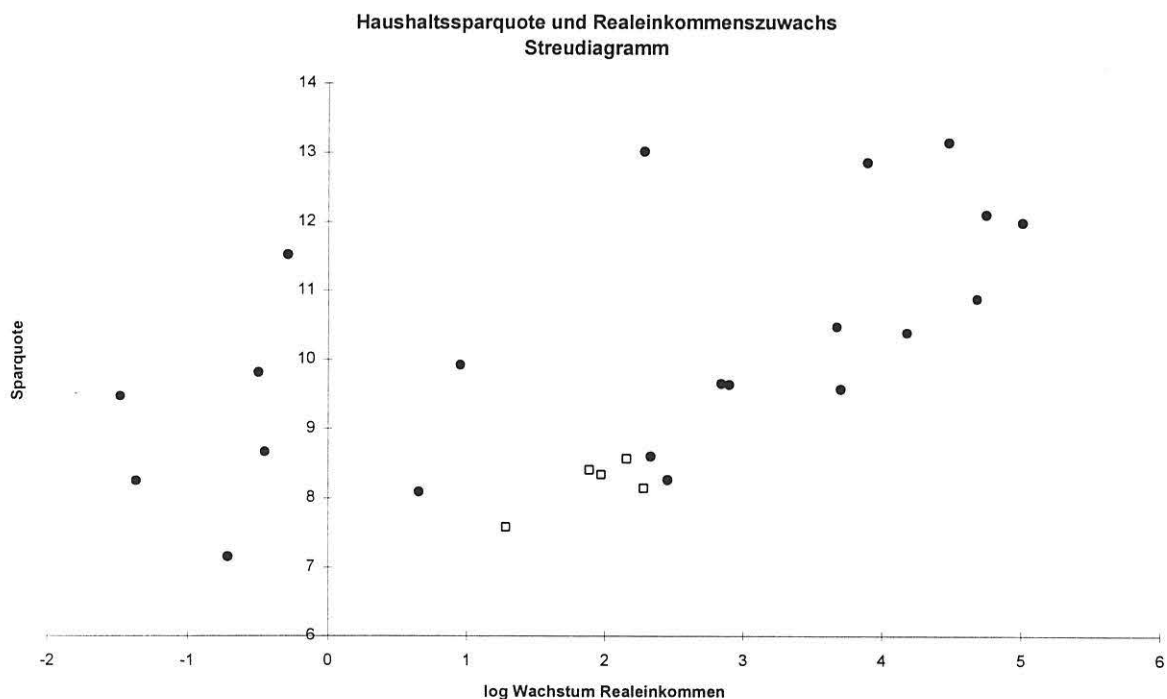
Das Symbol D_t steht für eine Summe aus Konstanten und Hilfsgrößen, die hier nicht weiter von Interesse sind. Die kurzfristige Elastizität von 0.89 ist weit größer als in den anderen Teilaggregaten, was ausdrückt, daß Einkommenseinbussen vor allem zu Einsparungen im dauerhaften Bereich führen. Die langfristige Elastizität ist größer 1 und gibt den längerfristigen Wunsch nach Ausstattung mit dauerhaften Gütern aus. Die Ausstattung mit derartigen Gütern, wie z.B. Elektrogeräten oder Fahrzeugen, kann als langfristiger Anspruch an den Lebensstandard verstanden werden. Da auch der

Anpassungskoeffizient höher ist als bei CND oder CS, läßt sich insgesamt sagen, daß sich die Dynamik der Einkommen am schnellsten und intensivsten im dauerhaften Bereich widerspiegelt. Trotzdem ist eine Tendenz zur Abkoppelung auch hier zu bemerken, denn frühere statistische Messungen haben oft kurzfristige Elastizitäten weit größer 1 ergeben. Speziell in diesem Sektor wäre auch eine Suche nach der Modellierung der Einflüsse von Zinssätzen interessant, bisherige Versuche liessen keine signifikanten Reaktionen erkennen.

Im Prognosezeitraum wächst der Verbrauch an dauerhaften Gütern mit 1.8 % p.a. und der Verbrauch an Diensten mit 1.9 % p.a., wogegen die nicht-dauerhaften Güter nur eine Wachstumsrate von 1.1 % p.a. aufweisen. Die beschriebene Mechanik ist dafür verantwortlich, denn in den letzten Jahren mit schwachem Einkommenswachstum ist der Fehlerkorrekturterm angewachsen und wirkt nun über den negativen Koeffizienten dämpfend. Da die Korrektur nur langsam vor sich geht, bleibt der dämpfende Einfluß erhalten.

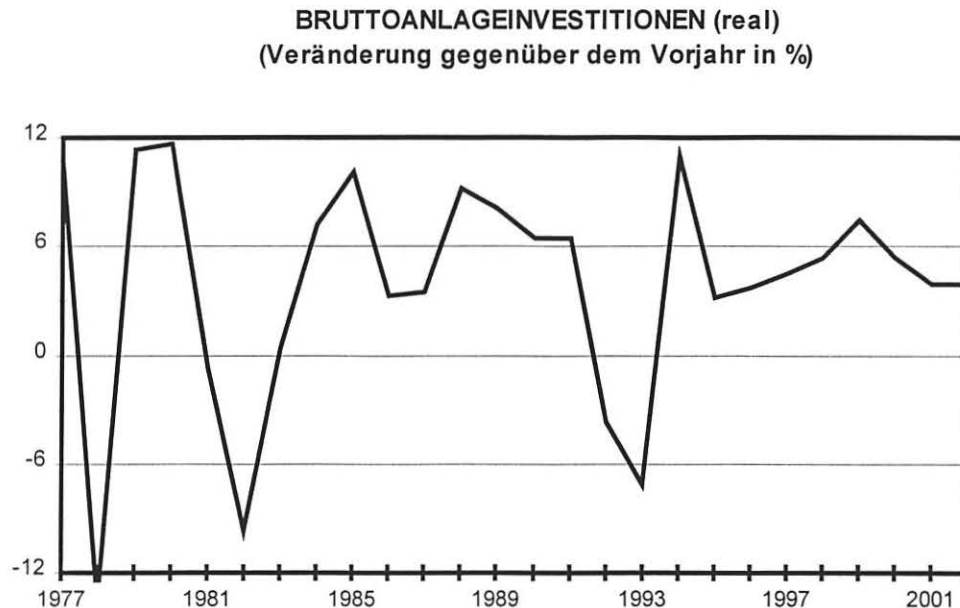
Das Konsumverhalten im Prognosezeitraum bedingt einen langsamen Wiederanstieg der **Haushalts-Sparquote** von ihrem derzeitigen Tiefstand aus. Allerdings ist der Spielraum der Haushalte nicht groß genug, um die Sparquote auf ihren historischen Mittelwert und möglicherweise Sollwert von gut 10 % zurückzuführen. Die folgende Graphik zeigt den Zusammenhang zwischen dem Wachstum der Realeinkommen und der Haushalts-Sparquote. Man erkennt, daß hohe Sparquoten im allgemeinen mit gutem Einkommenswachstum einhergehen. Die Werte der Prognosejahre sind durch hohle Quadrate herausgehoben.

Abbildung 4.2:



Die Wachstumsraten der realen **Bruttoanlageinvestitionen** reagieren bekanntlich besonders stark auf konjunkturelle Schwankungen. Dementsprechend errechnet die Modellprognose auch für die kommende Aufschwungphase eine Beschleunigung derselben. Abbildung 4.3 stellt die Wachstumsraten über einen längeren Zeithorizont dar, welcher auch den Prognosezeitraum mit einschließt.

Abbildung 4.3:



Aus der Abbildung wird deutlich, daß die Wachstumsraten der Bruttoanlageinvestitionen, nach ihrem Einbruch während der Rezession 1993 und der darauffolgenden Korrektur des Jahres 1994, in den Jahren 1998 und 1999 etwas unter den Spitzenwerten früherer Konjunkturhochs liegen werden. Die beiden wesentlichen Gründe dafür liegen in der Erwartung einer mäßigen Bautätigkeit, und in der Tatsache, daß die Prognose eine eher verhaltene Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage voraussieht.

Als die wesentlichen Determinanten der Anlageinvestitionen dürfen die Unternehmenserwartungen über deren Profitabilität und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage angesehen werden. Die von der Modellprognose unterstellte Entwicklung der Realzinsen und der Arbeitskosten impliziert nun eine durchaus zufriedenstellende Profitabilität über den gesamten Prognosezeitraum. Die Bemühungen um die Anhebung der nationalen Sparquote sowohl von privater Seite als auch durch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte reduzieren jedoch die heimischen Nachfrageimpulse, wenn auch in beschränktem Maße. Dasselbe gilt für die Exportnachfrage.

Es zeichnet sich somit das Bild einer auf guter Profitabilität beruhenden, jedoch, verglichen mit der Hochkonjunktur zu Beginn der neunziger Jahre, weniger durch Nachfrageeffekte in die Höhe getriebenen Entwicklung der Asurüstungsinvestitionen ab. Dies wird unter anderem auch aus dem

Anstieg der Investitionsquote deutlich, welche mit einem Durchschnittswert von 25 % über den Werten der letzten Dekade liegt.

Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** erreichen ihr höchstes Wachstum im Jahr 1999 mit 6.8 % und werden während des gesamten Prognosezeitraums mit durchschnittlich 5.2 % kräftig wachsen. Was die Bautätigkeit betrifft, so sind weder von der Seite der öffentlichen Hand noch vom Wohnungsbau kräftige Impulse zu erwarten. Die Prognose rechnet daher mit einem durchschnittlichen Wachstum der **realen Bauinvestitionen** von vergleichsweise geringfügigen 1.5 % während der nächsten fünf Jahre, jedoch mit steigender Tendenz. An anderer Stelle der Prognose wird argumentiert, daß eine Verschiebung der öffentlichen Ausgaben von konsumptiven zu solchen mit investivem Charakter, in Richtung einer Steigerung der Aufwendungen für einen Ausbau der Infrastruktur wünschenswert wäre. Eine solche würde auch die Prognose der Bauinvestitionen positiv beeinflussen.

Die Entwicklung der **öffentlichen Haushalte** im Prognosezeitraum wird durch eine budgetäre Stabilisierungsphase gekennzeichnet. Das Institut geht davon aus, daß die österreichische Regierung ihren durchaus erfolgreichen Budgetkonsolidierungskurs bei relativ guter Konjunkturentwicklung weiter fortsetzt. So sieht das Konvergenzprogramm des Finanzministeriums eine Rückführung des öffentlichen Defizits auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2000 vor.

Tabelle 4.1: Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1993-1996

	1993	1994	1995	1996
Öffentliches Defizit	89.4 Mio.	109.3 Mio.	119.2 Mio.	95.7 Mio.
Defizitquote	4.2 %	4.9 %	5.1 %	4.0 %
Verschuldungsquote	62.7 %	65.4 %	69.3 %	69.5 %

Quelle: ÖSTAT

Ab dem Konjunktureinbruch 1992/93 war bis zur Budgeterstellung 1996 eine permanente Defizitauseitung der öffentlichen Gebietskörperschaften festzustellen. Die öffentliche Verschuldungsquote stieg stetig an. Mit den Budgetvoranschlägen 1996/97 wurde eine Trendwende in der Budgetpolitik eingeleitet. Diese zielte darauf ab, die Staatsfinanzen längerfristig zu sanieren und das Defizitkriterium laut Maastricht (Defizit des Gesamtstaates höchstens 3 % des BIP) bereits 1997 zu erfüllen. Die gegenwärtig vorliegenden Zahlen über den Budgetvollzug 1997 weisen die erfolgreiche Budgetkonsolidierung aus. Das Budgetdefizit des Bundes beläuft sich auf 67.2 Mrd. öS und unterschreitet den Voranschlagswert sogar geringfügig. Die Defizitquote des Gesamtstaates wird sicherlich unter 3 % des BIP zu liegen kommen. Der Schuldenstand des Gesamtstaates konnte innerhalb eines Jahres von 69.5 % auf 66.5 % abgesenkt werden. Österreich qualifiziert sich aufgrund dieser

budgetären Entwicklungen als Teilnehmer für die dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Budgetkonsolidierung war zweifellos erfolgreich. Stabilitätsorientierte Fiskalpolitik darf aber keineswegs nur ein kurzfristiges wirtschaftspolitisches Ziel darstellen, vielmehr muß die längerfristige Finanzierbarkeit des Staatshaushaltes sichergestellt werden. Man darf aber nicht vergessen, daß die Erfolge in der Budgetpolitik das Resultat eines zweijährigen Sparpaketes waren. Ermöglicht wurde diese Entwicklung nicht zuletzt durch eine deutliche Anhebung der öffentlichen Einnahmen, aber auch durch das Einfrieren von Transferleistungen. Beispielsweise stiegen die Steuereinnahmen im Bundesbudget 1997 gegenüber dem Vorjahr um 38 Mrd. öS auf 624 Mrd. öS. Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote (inklusive EU-Beiträge) dürfte sich im Zeitraum 1994-1998 um 2½ Prozentpunkte erhöhen. Für das heurige Jahr sieht das Bundesbudget eine Stabilisierung des Nettodefizits auf 67.3 Mrd. öS vor. Laut dem Konvergenzprogramm des Finanzministeriums soll das öffentliche Defizit bis zum Jahr 2000 weiter auf 1.9 % des BIP abgesenkt werden. Unterstützend wirkt dabei die positive Konjunkturentwicklung, so daß der strukturelle Budgetsaldo allerdings kaum weiter rückgeführt werden dürfte.

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in der ersten Hälfte der 90er Jahre hat gezeigt, wie schnell kurzfristige Konsolidierungserfolge wieder verspielt werden können. Die Gesundung der öffentlichen Haushalte ist nur durch nachhaltige Maßnahmen zur Lösung der strukturellen Probleme (z.B. demographische Entwicklung, Gesundheitswesen, Verwaltungsreform) zu erzielen. Die Qualität der materiellen und immateriellen Infrastrukturausstattung einer Volkswirtschaft ist eine wesentliche Determinante der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Es ist - nicht nur in Österreich - zu beobachten, daß die Budgetkonsolidierung auch zu Lasten der öffentlichen Investitionen erfolgte. Der Kapitalstock in Form öffentlicher Investitionen leidet zwar kaum darunter, wenn einige Jahre wenig investiert wird; handelt es sich dabei aber um eine Dauerentwicklung, stellen unterlassene Investitionen ebenso wie Staatsschulden eine Hypothek für die Zukunft dar. Volkswirtschaftliche Verluste infolge unzureichender Infrastruktur treten typischerweise erst langfristig auf und deren Korrektur kommt dann deutlich teurer als rechtzeitige Vorkehrungen. Neben der Bereitstellung von Infrastrukturleistungen bieten sich weitere Tätigkeitsfelder für verstärkte öffentliche Maßnahmen an; zu nennen sind beispielsweise der Technologiebereich, die Humankapitalausbildung und sicherlich auch die aktive Arbeitsmarktpolitik. Vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Mittel erscheint eine Reallokation der öffentlichen Ausgaben von konsumptiven hin zu investiven Verwendungen angebracht.

Die vorliegende Prognose unterstellt eine weiterhin schwache Ausgabendynamik der öffentlichen Haushalte. Im Prognosezeitraum wächst der reale öffentliche Konsum im Durchschnitt mit knapp unter einem Prozent. Auch die Transferausgaben steigen deutlich langsamer als zu Beginn der 90er Jahre. Hinsichtlich der Steuereinnahmen wurden keine diskretionären Maßnahmen (z.B. Steuerreform 2000) berücksichtigt. Gemäß der Modellprognose wird die Quote des öffentlichen Defizits in jedem Jahr weiter - allerdings nur geringfügig - fallen und liegt am Ende des Prognosezeitraums bei 2 %.

Die Einkommensprognose zeichnet ein relativ erfreuliches Bild. Das Wachstum der **nominellen verfügbaren Einkommen** beschleunigt sich auf 3 % (1998) bzw. in den beiden folgenden Jahren

sogar auf 3¼ %. Gegen Ende des Prognosezeitraums liegt es immer noch bei 3½ %. In realer Rechnung steigen die verfügbaren Einkommen nach dem Rückgang 1997 wieder kräftig, wobei der Anstieg im Jahresdurchschnitt etwa 1¾ % beträgt.

Auch bei der Bruttolohnsumme laut VGR zeichnet sich nach der eher mäßigen Arbeitsmarktlage 1996/97 wieder eine Belebung ab. Heuer steigt die Lohnsumme um knapp einen Prozentpunkt auf 3%; in den folgenden Jahren pendelt der nominelle Lohnanstieg um die 3½ %-Marke. Bei der Interpretation dieser Lohnsteigerungsraten ist die geringe Inflation zu berücksichtigen. Die Einkommen aus Besitz und Unternehmung entwickeln sich sehr stetig und wachsen im Jahresschnitt um knapp 4½ %.

Nach einer Steigerung der Transferausgaben laut VGR von heuer 2 %, wird sich das Wachstum dieses Aggregats nächstes Jahr auf 4.5 % beschleunigen und sich bis Ende des Prognosezeitraums auf dieser Höhe stabilisieren. Diese Entwicklung der Transfers unterstellt weiterhin eine zurückhaltende Budgetpolitik, resultiert aber auch aus demographischen Trends (Pensionszugänge). Die Subventionen laut VGR bleiben ab 1999 real konstant.

Die diskretionären Maßnahmen im Rahmen des Konsolidierungsprogramms prägten die Entwicklung des Steueraufkommens 1996/97. Ab 1998 folgen die Steuereinnahmen wieder mehr der Konjunkturentwicklung. In Einklang mit der guten Wirtschaftslage wachsen die direkten Steuern im Prognosezeitraum mit etwa 5 % im Jahresdurchschnitt, wobei keine ausgeprägten Schwankungen zu erwarten sind. Aufgrund der niedrigen Inflation wird nur von einer geringen Progressionswirkung bei der Lohnsteuer ausgegangen. Die Sozialversicherungsbeiträge werden sich um etwas mehr als 4 % im Jahresdurchschnitt erhöhen. Wie bereits erwähnt, unterstellt das Institut in dieser Prognose keine diskretionäre Steuerentlastung. Die indirekten Steuern wachsen im Jahresdurchschnitt um rund ¼ Prozentpunkt langsamer als das nominelle Bruttoinlandsprodukt. Belastet werden die öffentlichen Haushalte durch die steigenden Zinsaufwendungen für die Staatsschuld. Deren Wachstum beschleunigt sich bis auf 4.4 % im Jahr 2000 und fällt zu Ende des Prognosezeitraums auf 3 %.

Das vorliegende Szenario rechnet wie schon in der letzten mittelfristigen Vorschau mit einer anhaltend relativ ruhigen **Preisentwicklung** in Österreich. Die Verbraucherpreissteigerungen werden sich gemäß der Prognose für die nächsten fünf Jahre auch in der Konjunkturaufschwungphase nur leicht beschleunigen und die 2 %-Marke nicht überschreiten. Die mittelfristigen Preisauftriebstendenzen werden damit nach wie vor als gering eingeschätzt. Die Geldpolitik auf europäischer Ebene wird beim Übergang zur Währungsunion wohl schon aus Reputationsgründen ihre grundsätzliche Stabilitätsorientierung nachweisen; auch von der internationalen Preisentwicklung bei Rohstoffen und Energieträgern sollte kein markanter zusätzlicher, dauerhafter Schub erfolgen, so daß die Importpreissteigerungen auf Schillingbasis auch mittelfristig unter 2 % bleiben dürften.

Auch die hausgemachte Inflation sollte in den kommenden Jahren begrenzt bleiben. Angesichts anhaltenden Überschußangebots auf dem Arbeitsmarkt wird die Lohn- und Einkommensentwicklung weiterhin gedämpft eingeschätzt; dementsprechend wurden in dem vorliegenden Szenario die mittelfristigen **Reallohnzuwächse** deutlich niedriger als das Wachstum der Arbeitsproduktivität angesetzt. Durch die weitere Reduktion preistreibender Imperfektionen auf Güter- und Dienst-

leistungsmärkten, etwa im Bereich der Telekommunikation und im Energiesektor, sollten zusätzliche Beiträge zur Preisstabilität erzielt werden können.

Die **Arbeitsmarktvorschau** zeichnet ein zart optimistisches Bild der Arbeitsmarktentwicklung in den kommenden fünf Jahren. Der Beschäftigungsabbau aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist im letzten Jahr zum Stillstand gekommen und im Zuge der Konjunkturerholung treten nun wieder deutlichere Beschäftigungsausweitungen ein. Die Beschäftigungsintensität des Wachstums wurde in dem Szenario für 1998 bis 2002 als etwa gleich hoch wie in der ersten Hälfte der neunziger Jahre angesetzt; vor dem Hintergrund der stärkeren Wachstumsdynamik ist dies nur dann plausibel, wenn die Arbeitsmarktentwicklung von einer beschäftigungsfreundlichen Lohnpolitik gestützt wird und bestehende Hindernisse zur Realisierung von zusätzlichen Beschäftigungspotentialen, insbesondere im Dienstleistungsbereich, abgebaut werden können. Unter den getroffenen Annahmen errechnet sich jedenfalls bis zum Jahr 2002 eine Zunahme im Durchschnittsbestand von Aktiv-Beschäftigungsverhältnissen von rund 94.000. Ein Szenario, in dem per saldo nicht unbeträchtliche Beschäftigungszuwächse zu verzeichnen sind, darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß in vielen Bereichen auch in den nächsten Jahren schmerzhaft Arbeitsplatzverluste auftreten werden.

Die Bevölkerung im Alter von 15-64 Jahren wird in den kommenden fünf Jahren um etwa 100.000 ansteigen. Dabei wird es zu erheblichen Verschiebungen in der Altersstruktur kommen. Ein Gutteil des Netto-Anstiegs entfällt auf die 55-64 jährigen. Unter diesen Umständen ist ein Halten der Erwerbsquote bzw. der Beschäftigungsquote auf den jetzigen Werten vermutlich bereits als großer Erfolg zu werten und bedeutet, daß nicht nur die zusätzlichen Erwerbspersonen im Arbeitsmarkt untergebracht werden können, sondern auch die Arbeitslosigkeit verringert wird. Die **Arbeitslosenrate** (nationale Definition) wird unter diesen Annahmen von derzeit knapp über 7 % bis zum Jahr 2002 wieder um rund ½ Prozentpunkt sinken. Nach EU-Konzept entspräche dies einem Wert von knapp über 4 %. Aus heutiger Sicht ist diese Prognose vermutlich als eher optimistisch einzustufen, denn sie impliziert, daß nach dem Anstieg der Arbeitslosigkeit neuerliche Hysteresis-Effekte vermieden werden können. Um dieses Ziel zu erreichen, werden umfangreiche Aktivitäten, insbesondere zur Erleichterung, Beschleunigung, aber auch sozialverträglichen Gestaltung von Reallokationsprozessen am Arbeitsmarkt, vonnöten sein.

5. Monetäre Prognose

Die mittelfristigen Perspektiven der Geld- und Währungspolitik werden wesentlich von der Umsetzung der Europäischen Währungsunion (EWU) bestimmt. Standen während des Jahres 1997 die Erfolge wie auch mögliche Zielverfehlungen der Fiskal- und Geldpolitik in den potentiellen Teilnehmerländern im Mittelpunkt des Interesses, geht der planmäßige Beginn der Währungsunion im Jänner 1999 nunmehr als quasi-sicheres Ereignis in die Anlageentscheidungen der wesentlichen Teilnehmer auf den internationalen Kapitalmärkten ein. Dementsprechend richtet sich der Fokus nunmehr verstärkt auf mit dem Vollzug der Währungsunion verbundene Fragestellungen.

Mit der Einführung des Euro wird ein in seinen wesentlichen Eigenschaften bipolares Währungssystem mit USD und Euro als internationalen Ankerwährungen geschaffen. In einem bipolaren System vermögen bereits leichte Verschiebungen der Attraktivität des einen Poles relativ zu der des anderen Poles massive Fluktuationen am Devisenmarkt hervorzurufen. Um die zu erwartenden beträchtlichen Schwankungen der Euro-Dollar-Parität und die dadurch bedingten realwirtschaftlichen Nachteile zu begrenzen, kommt der europäischen Währungspolitik stärker als bisher eine Stabilisierungsaufgabe zu, mit dem Ziel, solchen Marktkräften entgegenzuwirken, die die Euro-Dollar-Parität deutlich von den Fundamentaldaten fortdriften lassen.

Damit stellt sich die Frage nach den prinzipiellen Einflußmöglichkeiten der Geldpolitik und ihren Grenzen angesichts der Globalisierung der Märkte. Jüngste ökonometrische Untersuchungen legen Vorbehalte nahe, daß die Deutsche Bundesbank gegenwärtig mit der von ihr verfolgten Geldmengenpolitik die Inflationsrate in Deutschland noch steuern kann. Sofern die Importpreisentwicklung in die Analyse miteinbezogen wird, läßt sich für Deutschland (und vermutlich auch andere Hartwährungsländer mit ähnlichem Offenheitsgrad) kein signifikantes Verhältnis zwischen Geldmengenentwicklung einerseits und Preisentwicklung andererseits mehr nachweisen.

Prinzipiell könnte der Zusammenhang zwischen Geldmengen- und Preisentwicklung auch in einem größeren Währungsraum mit einem vergleichbaren Maß an Offenheit zusammenbrechen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Offenheit des zukünftigen Euro-Währungsgebietes eine ganz andere als die von Deutschland allein ist. Weniger als zehn Prozent des Außenhandels der sehr wahrscheinlich großen Währungsunion werden mit Ländern außerhalb der EU abgewickelt werden. Dies hat zur Folge, daß die Bedeutung des Faktors Importpreisentwicklung abnimmt und die Entkoppelung von Geldmengen- und Preisentwicklung daher wahrscheinlich rückgängig gemacht werden wird. Mit dem Beginn der Währungsunion sollten sich somit die Aussichten wieder verbessern, durch Geldmengenpolitik die Inflationsrate zu steuern.

Die Währungsunion stärkt die Handlungsfähigkeit der Geldpolitik. Damit wäre über die hinlänglich bekannten Argumente pro und contra Währungsunion hinaus eine ordnungspolitische Begründung für die Vorteilhaftigkeit eines großen Euro-Währungsraumes gefunden; denn in Verbindung mit der normativen Aufgabe der Währungspolitik, stabilisierend zu wirken, fungiert der Euro nicht nur als Vehikel zur Vertiefung der europäischen Integration, sondern vielmehr als Antwort auf die Globalisierung, und insbesondere auf die Globalisierung der Finanzmärkte.

Trotz der noch verbleibenden Unsicherheit über den Kreis der sich definitiv für die Währungsunion qualifizierenden EU-Mitgliedstaaten und über die von der Europäischen Zentralbank zukünftig verfolgte Geldpolitik werden die modellrelevanten Rahmenbedingungen unter der Annahme gesetzt, daß Österreich ab 1999 planmäßig an der dritten Stufe einer großen Europäischen Währungsunion teilnehmen wird. Außerdem wird davon ausgegangen, daß sich das geldpolitische Paradigma der Europäischen Zentralbank an jenem der Deutschen Bundesbank orientiert, sodaß weiterhin mit einer konsequenten Hartwährungspolitik gerechnet werden kann.

Nach Maßgabe der österreichischen **Sekundärmarktrendite** hat der gegenwärtige Zinszyklus im Jahre 1997 mit einem jahresdurchschnittlichen Wert von 4.82 % seinen unteren Wendepunkt erreicht. Gegeben die internationale Zinsentwicklung wird der Modellprognose zufolge die durchschnittliche Sekundärmarktrendite im Jahresverlauf 1998 moderat um 30 Basispunkte auf 5.12 % zunehmen. Im weiteren Verlauf wird der Anstieg der Sekundärmarktrendite voraussichtlich weiter anhalten, sodaß für das Jahr 1999 mit einem Wert von 5.37 % zu rechnen ist. Diese Entwicklung ist sowohl auf die anziehende Konjunktur in Westeuropa, eine veränderte Laufzeitenstruktur der in die Berechnung der Sekundärmarktrendite eingehenden Wertpapiere sowie auf eine Risikoprämie im Zusammenhang mit der Einführung des Euro zurückzuführen. Bedingt durch das international weiterhin sehr preisstabile Umfeld und die erwartete Abschwächung der US-amerikanischen Konjunktur im laufenden Jahr ist ein Ende des Rückganges der Zinsen für langfristige Ausleihungen hingegen erst für das Jahr 1998 zu erwarten. Dementsprechend wird die 10-jährige **Benchmark-Rendite** im Jahresdurchschnitt 1998 gegenüber dem Vorjahr weiter um 30 Basispunkte fallen.

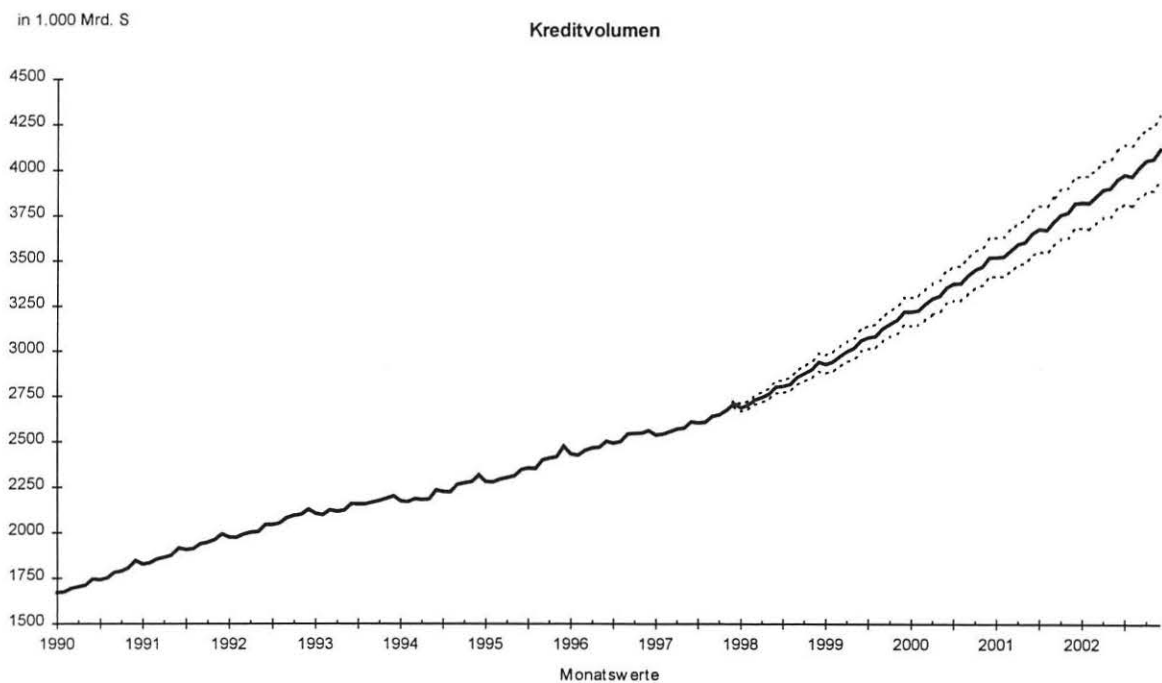
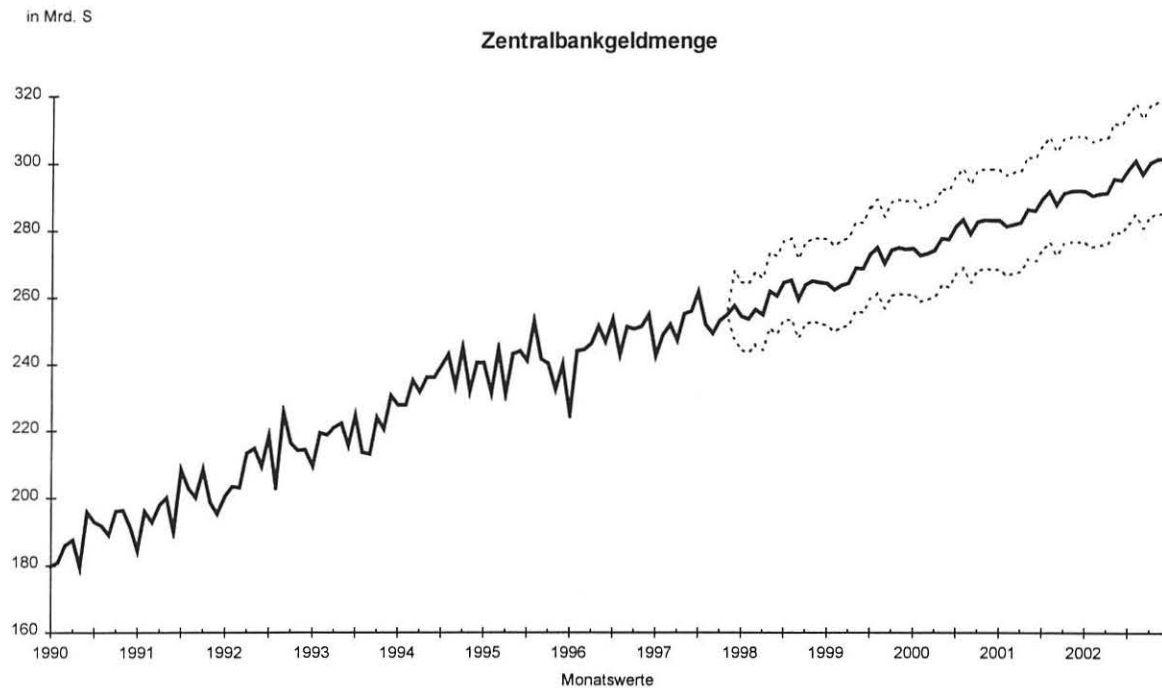
Mit der Prognose der österreichischen Sekundärmarktrendite ist ein gegenüber 1997 zunächst noch unveränderter Realzinssatz von 3.5 % im Jahre 1998 verbunden, der im Jahre 1999 auf 4.0 % steigen wird. Im Zuge der prognostizierten Abschwächung der Konjunktur in den Folgejahren wird er jedoch wieder auf 3.5 % zurückgehen. Für den gesamten Zeitraum von 1998-2002 ergibt die Modellprognose der Sekundärmarktrendite in Verbindung mit der Prognose des BIP-Deflators damit ein durchschnittliches Realzinsniveau von 3.63 %, das den arithmetischen Mittelwert der Periode 1993-1997 um 0.15 Prozentpunkte unterschreitet.

Die zunehmende Verbreitung technologischer Innovationen wie des electronic banking werden sich in den nächsten Jahren in einer deutlich langsameren Zunahme der **Bargeldmenge** niederschlagen. Im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre ist daher mit einer Wachstumsrate von lediglich 2.7 % zu rechnen. Nach dem zweistelligen Wachstum der **Sichteinlagen** um 11.4 % im Durchschnitt der Jahre 1993-1997 verringert sich laut Modellprognose in den nächsten Jahren das Wachstum auf durchschnittlich 6.8 %. Dämpfend wirken sich hier insbesondere die zunehmenden Opportunitätskosten der Kassenhaltung bei steigenden kurzfristigen Zinsen aus. Aus der Entwicklung dieser beiden Aggregate errechnet sich ein durchschnittliches Wachstum der **Geldmenge M1** von 5.4 %.

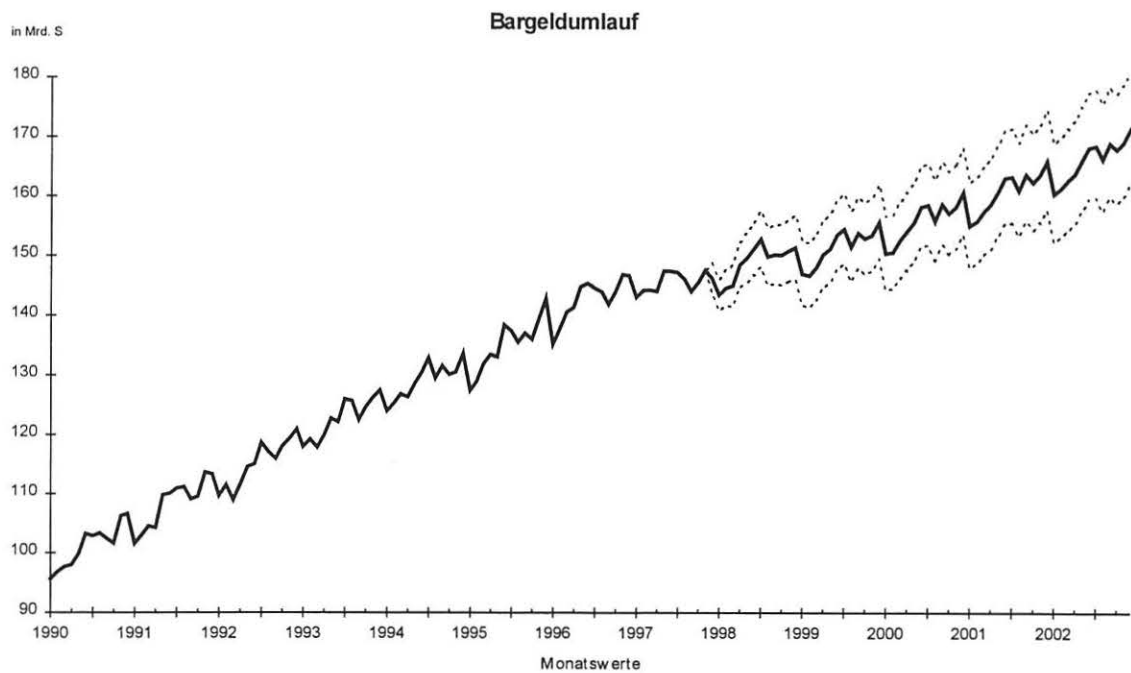
Der Abbau der **Termineinlagen** wird sich mittelfristig fortsetzen. Am Ende des Fünfjahreszeitraumes werden die Termineinlagen laut Prognose um 32 % unter dem Niveau des Jahres 1997 liegen. Da sich der seit 1994 zu beobachtende Rückgang der Sparquote im Prognosezeitraum umkehren wird, ist bei den **Spareinlagen** hingegen mit einer wachsenden Dynamik zu rechnen. Vor dem Hintergrund höherer

Realzinsen werden sie um durchschnittlich 6.2 % zunehmen. Im Einklang mit der weiteren Belebung der Wirtschaft, Nachholbedarf bei den Ausrüstungsinvestitionen und dem anhaltend niedrigen Zinsniveau zieht die **Kreditnachfrage** nach der konjunktur- und liquiditätsbedingten Nachfrageschwäche der Jahre 1993-1997 wieder an. Im Durchschnitt der Jahre 1998-2002 ist mit einer Expansion des Kreditvolumens um 8.7 % zu rechnen.

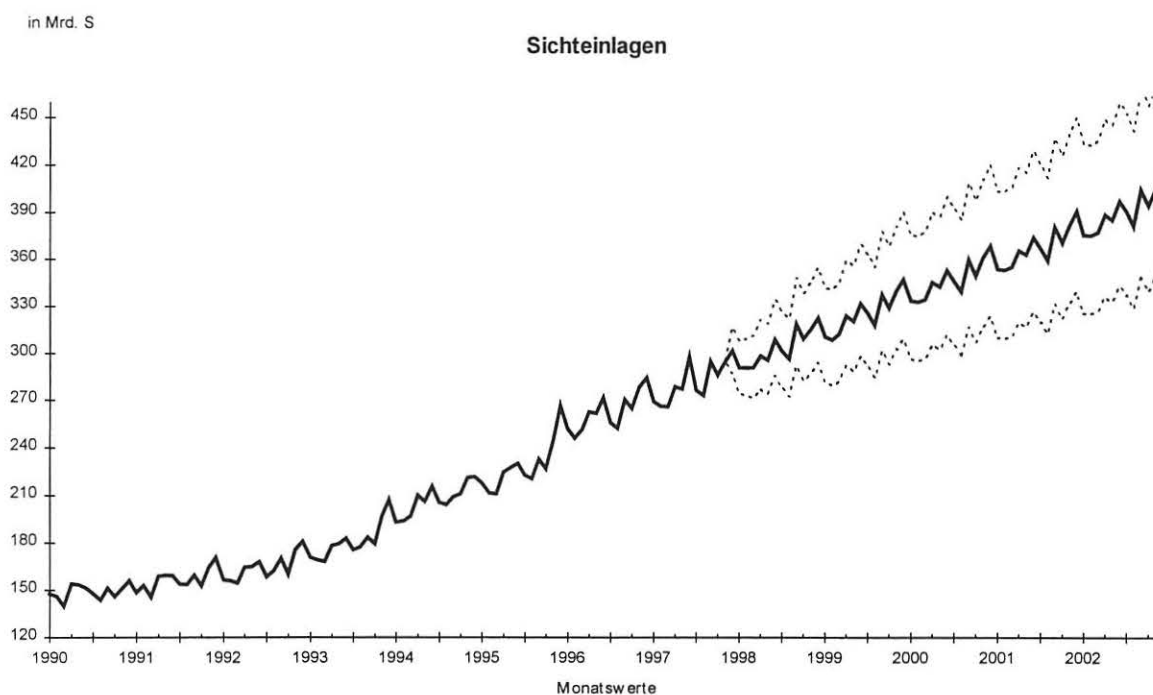
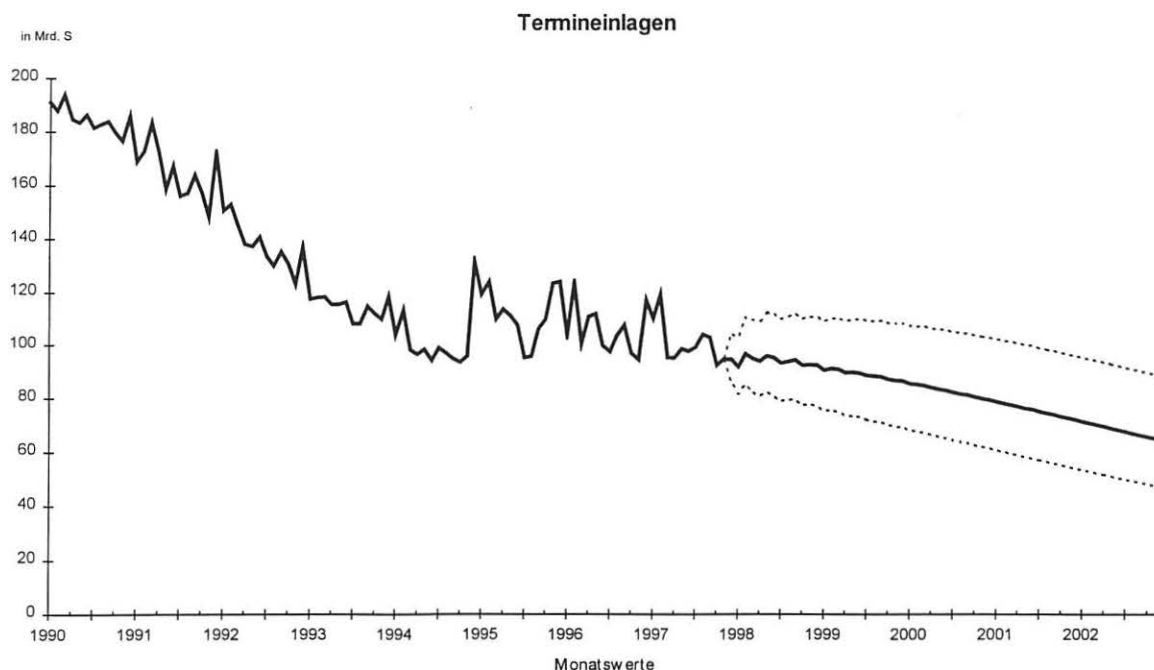
INTERNATIONALE ZINSATZENTWICKLUNG



Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellt eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.



Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellt eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.



Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellt eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.

6. Die zyklische Volatilität von Wachstum und Beschäftigung und die Flexibilität der Reallöhne

Mehrere Faktoren beeinflussen das Ausmaß der konjunkturellen Variabilität der Arbeitslosenrate über den Konjunkturzyklus. Letztlich stellen Veränderungen in der Arbeitslosenrate das Endergebnis der dynamischen Interaktion der Ströme in/aus Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Nichtpartizipation am Arbeitsmarkt dar. Rein mechanisch betrachtet wirken das Ausmaß der zyklischen Schwankungen der Produktion, die Reaktion der Beschäftigungsnachfrage auf Outputschwankungen und die zyklische Variabilität des Arbeitsangebots zusammen. Schließlich dämpft auch die konjunkturelle Reagibilität der Reallöhne die Schwankungen von Produktion und Beschäftigung.

Die Intensität der konjunkturellen Schwankungen von Output und Arbeitslosigkeit unterscheidet sich deutlich zwischen den OECD-Staaten. Dies ist für die Arbeitsmarktentwicklung insofern von Bedeutung, da Länder mit geringerer konjunktureller Variation der Arbeitslosigkeit tendenziell auch ein geringeres Niveau von Arbeitslosigkeit aufweisen. Theoretisch läßt sich ein derartiger Zusammenhang, der die Intuition stützt, daß Länder mit stabilerer Konjunkturentwicklung auch geringere Arbeitslosigkeit aufweisen, unter anderem aus einer nicht-linearen kurzfristigen Phillips-Kurve ableiten. Im vorliegenden Beitrag wird jedenfalls die OECD-Methodologie für diese Fragestellung neu aufgegriffen und mit letztverfügbaren Daten für die Periode 1970-1996 auf die Länder Dänemark, Finnland, Niederlande, Schweden, Schweiz und Österreich angewendet.

Zieht man die Standardabweichung der Veränderung der jährlichen Arbeitslosenraten als Maß für die zyklische Volatilität der Arbeitslosigkeit heran, liegt Österreich am untersten Ende der untersuchten Länder, gefolgt von der Schweiz. Die höchste zyklische Variabilität in der Arbeitslosigkeit weist Finnland auf, allerdings vorwiegend bedingt durch die schwere Rezession zu Beginn der neunziger Jahre.

Hinsichtlich der Outputvariabilität liegt Österreich allerdings nur im Mittelfeld der untersuchten Länder, die geringe konjunkturelle Reagibilität der Arbeitslosigkeit geht daher nicht in erster Linie auf einen zyklisch besonders stabilen Outputverlauf zurück. Die stärksten zyklischen Produktionsschwankungen weisen die Schweiz und Finnland auf.

Das Ausmaß, in dem sich konjunkturelle Outputschwankungen in der Beschäftigung niederschlagen, variiert nicht unbeträchtlich zwischen den untersuchten Ländern. Über die gesamte Untersuchungsperiode weist Österreich mit einem Wert von rund $\frac{1}{2}$ die geringste Beschäftigungsreaktion auf zyklische Produktionsschwankungen auf, knapp gefolgt von den Niederlanden. Im allgemeinen schlagen sich eben Änderungen der Wirtschaftslage nicht völlig in der Beschäftigung nieder, sondern werden durch prozyklische Änderungen in der Arbeitsproduktivität gemildert. In Österreich ist dieser

Umstand nicht unmittelbar mit dem Phänomen der Arbeitskräftehortung im Konjunkturabschwung, Kurzarbeit und sonstige Arbeitszeitreaktionen gleichzusetzen; die relativ hohe Flexibilität der Reallöhne und die weniger konjunkturanfällige Beschäftigungsexpansion in den privaten und öffentlichen Dienstleistungen haben ebenfalls in einem beträchtlichen Maße zur zyklischen Stabilisierung beigetragen.

Im Zeitverlauf betrachtet hat die Beschäftigungsreagibilität auf Konjunkturschwankungen in allen untersuchten Ländern deutlich zugenommen. Österreich liegt zwar nach wie vor am unteren Ende, was die Stärke der Beschäftigungsreaktion betrifft, aber berechnet für die Periode seit Mitte der achtziger Jahre liegt der Reaktionskoeffizient doppelt so hoch wie im Zeitraum 1970-1983. In allen untersuchten Ländern reagiert die Beschäftigung im privaten Sektor der Wirtschaft merklich stärker auf Konjunkturschwankungen als die Beschäftigung insgesamt. Generell gesprochen schlagen sich nun Outputschwankungen fast 1:1 in zyklischen Beschäftigungsreaktionen nieder; dies gilt auch für Österreich. Ein Reaktionskoeffizient von über Eins, wie er etwa für Schweden in der Periode 1984-1996 zu verzeichnen ist, deutet darauf hin, daß in Schweden in diesem Zeitraum auch ein "employment bubble" geplatzt ist.

Schließlich hängt die Arbeitsmarktlage und insbesondere die Zahl der Arbeitslosen auch von der Sensitivität des Arbeitskräfteangebots auf den Konjunkturzyklus ab. Die in Tabelle 6.1 berechnete Angebotsreaktion schätzt ab, inwiefern konjunkturelle Beschäftigungsschwankungen nicht zu Arbeitslosigkeit führen, sondern sich in prozyklischen Schwankungen des Arbeitsangebots niederschlagen. In Österreich (und der Schweiz) ist das Ausmaß der Arbeitsangebotsreaktion mit Abstand am stärksten ausgeprägt, d.h. konjunkturelle Beschäftigungsveränderungen werden zum Großteil durch prozyklische Änderungen im Arbeitsangebot kompensiert. Eine Ursache der hohen Elastizität in Österreich stellt sicherlich der zyklische Charakter der Arbeitskräftemigration dar, aber auch an den Rändern der Altersverteilung und bei den Frauen reagiert das Arbeitskräfteangebot relativ stark auf veränderte Beschäftigungschancen. Während stark ausgeprägte Schwankungen des Arbeitsangebots zumindest temporär den Arbeitsmarkt entlasten, dürfte allerdings langfristig gesehen von solchen Reduktionen des Arbeitsangebots, selbst wenn sie auf individueller Ebene irreversibel sind (z.B. Frühpensionen), kein starker dauerhafter Entlastungseffekt auf den Arbeitsmarkt ausgehen, da stets neue bzw. wiedereintretende Arbeitsanbieter aktiviert werden müssen. In Finnland, Dänemark und den Niederlanden reagiert das Arbeitskräfteangebot nur sehr schwach auf konjunkturelle Beschäftigungsänderungen, einen mittleren Wert weist Schweden auf.

Tabelle 6.1: Die konjunkturelle Volatilität von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	A	DK	SF	NL	S	CH
Outputvariabilität ¹						
1970-96	1.79	1.92	3.24	1.55	1.73	2.57
Beschäftigungsreaktion ²						
1970-96	0.47	0.62	0.64	0.52	0.77	0.67
1970-83	0.29	0.50	0.27	0.40	0.26	0.64
1984-96	0.70	0.82	0.76	0.84	1.08	0.80
Beschäftigungsreaktion im privaten Sektor ²						
1970-96	0.57	0.97	0.75	0.63	1.03	0.75
1970-83	0.33	0.81	0.36	0.49	0.40	0.71
1984-96	0.87	1.20	0.89	1.00	1.40	0.93
Reaktion des Arbeitsangebots auf Beschäftigung ³						
1970-96	0.83	0.26	0.19	0.12	0.51	0.85
1970-83	0.55	0.25	0.39	0.03	0.49	0.94
1984-96	0.93	0.26	0.17	0.20	0.51	0.66
Variabilität der Arbeitslosenrate ¹						
1970-96	0.35	1.10	1.78	1.02	0.84	0.47

1) Standardabweichung der ersten Differenzen (in logs und mal 100 für Output)

2) Der Schätzkoeffizient b in einer Regression <Beschäftigungsabweichung vom Trend> = a+b <Outputabweichung vom Trend>, wobei der Trend durch den Hodrick-Prescott-Filter mit identischen Glättungsfaktoren für Output und Beschäftigung für alle Länder ermittelt wurde.

3) Der Schätzkoeffizient b in einer Regression <Arbeitsangebotsabweichungen vom Trend> = a+b <Beschäftigungsabweichung vom Trend>, wobei der Trend durch den Hodrick-Prescott-Filter mit identischen Glättungsfaktoren für Output und Beschäftigung für alle Länder ermittelt wurde.

Die Flexibilität, mit der die Reallohnentwicklung in einer Ökonomie auf externe oder interne Angebotschocks reagiert, bildet eine essentielle Determinante der makroökonomischen Performanz einer Volkswirtschaft. Im internationalen Vergleich zählt Österreich zu den Ländern mit dem höchsten Grad an makroökonomischer Reallohnflexibilität. Als Indikator dafür kann sowohl das Ausmaß des unmittelbaren Einflusses der Arbeitslosigkeit auf die Lohnentwicklung wie auch die langfristige Elastizität der Reallöhne herangezogen werden. In der folgenden Tabelle sind international vergleich-

bare Schätzwerte für diese Parameter, die aus dem QUEST II Modell der EU-Kommission stammen, dargestellt, die in der Tat Österreich den Spitzenplatz dieser Rangreihung zuweisen.

Tabelle 6.2: Einfluß der Arbeitslosigkeit im Lohnbildungsprozeß

Land	unmittelbarer Effekt	langfristige Reallohnelastizität
Belgien	-0.90	1.18
Dänemark	-0.90	1.11
Deutschland	-0.65	0.89
Griechenland	-0.55	1.24
Spanien	-0.88	1.86
Frankreich	-0.90	1.27
Irland	-0.48	0.71
Italien	-0.95	1.44
Niederlande	-0.95	1.42
Österreich	-1.60	2.53
Portugal	-0.64	1.45
Vereinigtes Königreich	-0.50	0.74
Finnland	-0.75	1.28
Schweden	-1.10	1.83
USA	-0.50	0.55
Japan	-2.50	3.47

Quelle: Roeger W., in't Veld, J. (1997)

Die flexible Lohn- und Einkommenspolitik basierend auf der Konsenspolitik der Sozialpartner ist damit in Österreich ein wichtiger Eckpfeiler in der Verhinderung von Arbeitslosigkeit gewesen. Die vorliegenden empirischen Befunde zu den Charakteristika des gesamtwirtschaftlichen Lohnbildungsprozesses in Österreich lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Entwicklung der Produzentenlöhne folgt im wesentlichen einem Fehlerkorrekturmodell, wobei als Fehlerkorrekturterm der Anteil der Löhne am Volkseinkommen fungiert; dies impliziert, daß im langfristigen Gleichgewicht die Lohnquote konstant bleibt. In dynamischer Hinsicht entspricht dieser

Zusammenhang der wohlbekannten Beziehung Reallohnwachstum (bezogen auf die Produzentenpreise) gleich Produktivitätsteigerungen.

- Inflationsschocks, die von realen Importpreissteigerungen bzw. indirekten Steuererhöhungen ausgehen, wurden im Lohnbildungsprozeß insofern vollständig absorbiert, als von derartigen Preisschocks offenbar kein signifikanter Einfluß auf die realen Produzentenlöhne ausgegangen ist.
- Die Erhöhung der direkten Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit im Untersuchungszeitraum (vorwiegend in Form höherer Sozialversicherungsbeiträge) dürfte hingegen zumindest kurz- bis mittelfristig signifikanten Druck auf die realen Produktlöhne ausgeübt haben. Die empirische Analyse deutet darauf hin, daß diese Vorwälzungsprozesse für Steuern bzw. Abgaben, die formal auf die Arbeitgeber entfallen, stärker akzentuiert sind als für jene der Arbeitnehmer. Dieses Ergebnis ist allerdings statistisch nicht gut gesichert.
- Von der Arbeitslosigkeit gehen zwar deutlich dämpfende Impulse auf die Lohnentwicklung aus, der Effekt ist aber nicht linear ausgeprägt, d.h. mit der höheren Arbeitslosigkeit ist auch eine steigende Zahl von Arbeitslosen mit geringerer Arbeitsmarkteffektivität, ausgedrückt z.B. im steigenden Anteil der Langzeitarbeitslosen, verbunden gewesen, wodurch die lohndämpfende Wirkung der Arbeitslosigkeit ceteris paribus abgenommen hat.

7. Hysteresis in Arbeitslosenraten

Wurde der Anstieg der Arbeitslosenraten in Westeuropa während der achtziger Jahre noch als temporäres Phänomen eingestuft, so ist spätestens seit dem Konjunkturohoch zu Beginn der neunziger Jahre offensichtlich, daß sich die hohen Arbeitslosenraten in vielen westeuropäischen Ländern einzementiert haben. Auch der bevorstehende Konjunkturaufschwung gibt wenig Anlaß zur Hoffnung auf eine substantielle Verbesserung der Situation auf den Arbeitsmärkten.

Einer der nach wie vor vieldiskutierten Gründe für den Anstieg der westeuropäischen Arbeitslosenraten sind sogenannte Persistenzeffekte. Unter diesem Begriff werden verschiedene Mechanismen zusammengefaßt, welche potentiell dazu führen können, daß die mit der Konjunktur verbundenen zyklischen Schwankungen der Arbeitslosigkeit längerfristige Auswirkungen auf die gleichgewichtige Arbeitslosenrate haben. Der Persistenz-Hypothese steht in der Literatur ein Ansatz gegenüber, welcher den Anstieg der europäischen Arbeitslosenraten durch Änderung der strukturellen Bedingungen der Arbeitsmärkte zu erklären versucht. Dazu zählen unter anderem Veränderungen in den Anforderungen an die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten und die Verschiebung von Anreizeffekten durch den Anstieg von Lohnnebenkosten und Beihilfen.

Dieser Abschnitt präsentiert die Ergebnisse einer empirischen Arbeit über den Beitrag von Persistenzeffekten zum Anstieg der Arbeitslosenraten einiger europäischer Länder. Die Ergebnisse deuten an, daß diese im allgemeinen eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben, wenn auch das Ausmaß zwischen den einzelnen Ländern beträchtlich differiert. Österreich ist jedoch, neben den USA, das einzige unter den untersuchten Ländern, in welchem Persistenzeffekte praktisch ohne Bedeutung sind. Es ist recht naheliegend, dies mit der bekannt hohen Flexibilität der österreichischen Reallöhne in Verbindung zu bringen. Dieser Punkt und einige Konsequenzen für die zukünftige österreichische Lohnpolitik werden abschließend diskutiert.

1. Zur Literatur über Persistenzeffekte

Als Persistenz-Hypothese lassen sich verschiedene Mechanismen zusammenfassen, welche potentiell dazu führen, daß zyklische Schwankungen der Arbeitslosigkeit längerfristige Auswirkungen haben. Grob gesprochen wird die Arbeitslosenrate (UR) in ihre strukturellen (UR^*) und zyklischen Komponenten (UR^C) zerlegt. Erstere entspricht der Arbeitslosenrate, welche mit den strukturellen Bedingungen des Arbeitsmarkts langfristig konsistent ist. Bedingt durch mit dem Konjunkturzyklus einhergehenden Schwankungen der Arbeitsnachfrage kommt es jedoch bekanntlich zu temporären Abweichungen der aktuellen von der gleichgewichtigen Arbeitslosenrate. In Abwesenheit von Persistenzeffekten laufen diese weitgehend parallel mit dem Konjunkturzyklus und haben keine weiteren Effekte auf die UR^* . Persistenzeffekte führen jedoch dazu, daß die Abweichungen substantiell

länger andauern können als der Konjunkturzyklus selbst und im Extremfall zu permanenten Verschiebungen der gleichgewichtigen Rate führen können, sogenannter Hysterese.

Die Literatur diskutiert im wesentlichen drei mögliche Gründe für Persistenz. Sogenannte *Insider-effekte* beziehen sich darauf, daß Lohnverhandlungen von aktuell Beschäftigten dominiert werden. Die primäre Determinante der Lohnsetzung ist damit der Erhalt bestehender Arbeitsplätze in der Zukunft. Bereits bestehende Arbeitslosigkeit findet dagegen nur teilweisen Eingang, so daß die Reaktion der Löhne auf einen überraschenden Anstieg der Arbeitslosenrate unvollständig bleibt. Zweitens erzeugen längerdauernde Rezessionen notwendigerweise ein gewisses Ausmaß an Langzeitarbeitslosigkeit. Langzeitarbeitslose erleiden jedoch einen Qualifikationsverlust und sind dementsprechend schwerer am Arbeitsmarkt vermittelbar. Sie üben daher umgekehrt nur geringen Lohndruck aus (*Outsider-Effekte*).

Drittens können diese beiden Mechanismen dadurch verstärkt werden, daß sich hohe Lohnkosten negativ auf die *Kapitalakkumulation* auswirken, indem sie die Profitabilität von Investitionen verringern. Die daraus resultierende Verlangsamung im Wachstum der Produktionskapazitäten könnte wiederum die Beschäftigungsnachfrage nachhaltig beeinflussen und damit die oben genannten Effekte verstärken. Für eine gewisse Bedeutung dieser Hypothese spricht die Beobachtung, daß sich die Investitionsquoten in Europa, im Gegensatz etwa zu den USA, seit ihrem Einbruch während der frühen achtziger Jahre nur mehr partiell erholt haben. In diesem Sinne kann daher Persistenz in Arbeitslosenraten auch einen Wachstumsverlust bedeuten.

Empirisch werden Persistenzeffekte meist über eine sog. partielle Anpassungsgleichung modelliert, welche das Verhalten der kurzfristigen Gleichgewichtsrates UR_t^{QE} in Abhängigkeit von der strukturellen Rate UR_{t-1}^* und der aktuellen Arbeitslosenrate der Vorperiode beschreibt.

$$UR_t = UR_t^{QE} + UR^C$$

$$UR_t^{QE} = \omega UR_{t-1} + (1-\omega) UR_t^*$$

Hier bezeichnet ω den Persistenzkoeffizienten. Ist $\omega = 0$, so entspricht die gleichgewichtige der strukturellen Rate und es liegen keine Persistenzeffekte vor. Zyklische Schwankungen haben daher keine längerfristigen Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit. Ist hingegen $\omega = 1$, dann gilt $UR_t^{QE} = UR_{t-1}$, so daß die gleichgewichtige Arbeitslosenrate UR_t^{QE} der aktuellen Arbeitslosenrate der Vorperiode entspricht. Dies bedeutet, daß zyklische Schwankungen die gleichgewichtige Arbeitslosenrate permanent verändern.

2. Empirische Ergebnisse zur Bedeutung von Persistenzeffekten

Eine der wesentlichen Fragen ist, in welchem Ausmaß der Anstieg der Arbeitslosenraten während der beiden vergangenen Jahrzehnte durch Persistenzeffekte, also andauernde Wirkungen der tiefen Rezessionen dieses Zeitraums erklärt werden kann. Die folgenden Abbildungen präsentieren eine dementsprechende Zerlegung der Arbeitslosenraten einiger G7-Länder (USA, Deutschland, Vereinigtes Königreich, Frankreich) und Österreichs in ihre Komponenten infolge von Persistenzeffekten und des Anstiegs der "strukturellen" Rate. Die Darstellungen beruhen auf vorläufigen Schätzergebnissen.

Die Zerlegung modelliert zyklische Schwankungen in der Arbeitsnachfrage durch einen sogenannten stochastischen Zyklus und beruht wesentlich auf der Annahme, daß diese mit dem BIP der G7-Länder korreliert sind, während die strukturelle Komponente auf nationalen Gegebenheiten des Arbeitsmarkts beruht, und daher von letzterem unbeeinflusst ist.³ Dies erlaubt die Zerlegung der Arbeitslosenrate in ihre beiden Komponenten infolge von Schwankungen der Arbeitsnachfrage und Änderungen in den strukturellen Bedingungen des Arbeitsmarkts.

Abbildungen 7.1 bis 7.5 zeigen die aktuellen Arbeitslosenraten und diejenige Komponente, welche nicht durch Persistenzeffekte erklärt wird, also einem Anstieg der strukturellen Komponente zuzuschreiben ist. Die verbleibende Differenz erklärt sich aus Persistenzeffekten. Ein statistischer Test auf das Vorliegen von permanenten Effekten des Zyklus auf die Arbeitslosenraten, identifiziert solche für das Vereinigte Königreich, Frankreich und, in etwas geringerem Ausmaß, Deutschland. Wie aus den Abbildungen 7.2 bis 7.4 ersichtlich, ist für erstere etwas mehr als die Hälfte des Anstiegs der Arbeitslosenraten seit Beginn der achtziger Jahre auf Persistenzeffekte zurückzuführen, während in Deutschland ein geringerer Anteil erklärt wird. Aber auch in Deutschland liegen zumindest stark ausgeprägte temporäre Effekte vor. Für die USA und Österreich ist dagegen bestenfalls geringfügige, kurzfristige Persistenz feststellbar (Abb. 7.1 und 7.5). Diese Effekte sind ohne praktische Relevanz.

In Österreich sind weiters zyklische Schwankungen deutlich schwächer ausgeprägt als in den übrigen untersuchten Ländern. Wiewohl die zyklische Komponente etwas unterschätzt sein könnte, spiegelt dieses Ergebnis das bekannte Faktum wider, daß Konjunkturschwankungen hierzulande vergleichsweise schwach ausgeprägt sind. Zum einen kann dies auf die traditionell stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik zurückgeführt werden. Zum anderen dürften aber auch die Schwankungen der

³ Die Studie verwendet sogenannte strukturelle Zeitreihenmodelle. Die technischen Details sind einem in Kürze in der Reihe Economic Series des IHS erscheinenden Arbeitspapier zu entnehmen (Rünstler, 1998, The role of persistence effects in the rise of unemployment).

Abb. 7.1: USA
Aktuelle Rate und Beitrag struktureller Schocks

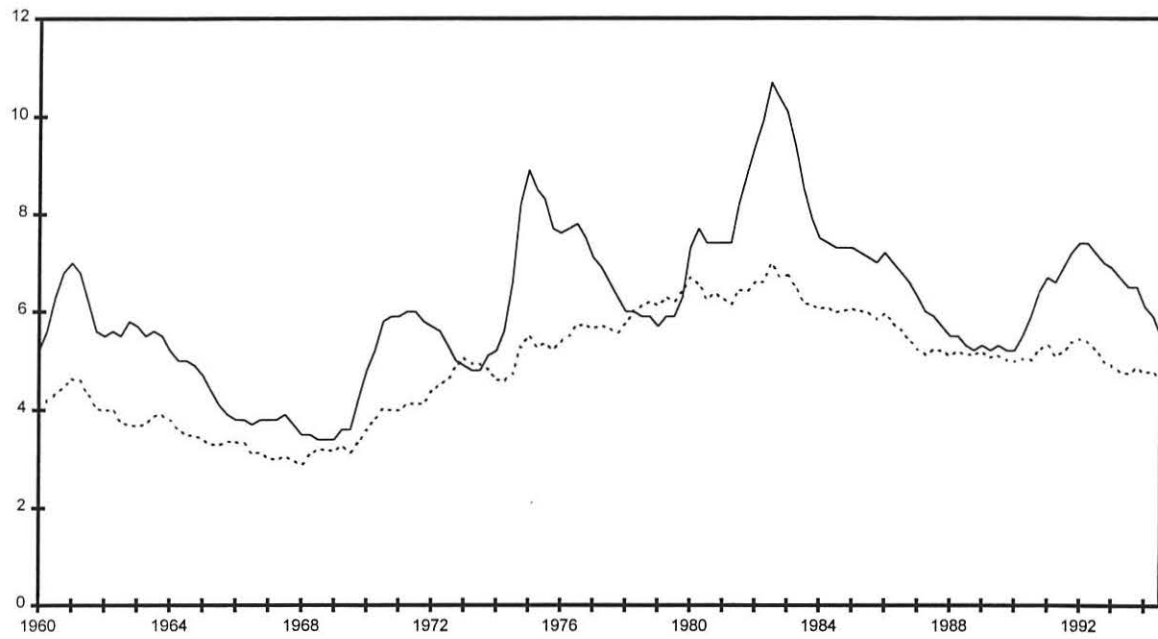


Abb.: 7.2: Deutschland
Aktuelle Rate und Beitrag struktureller Schocks

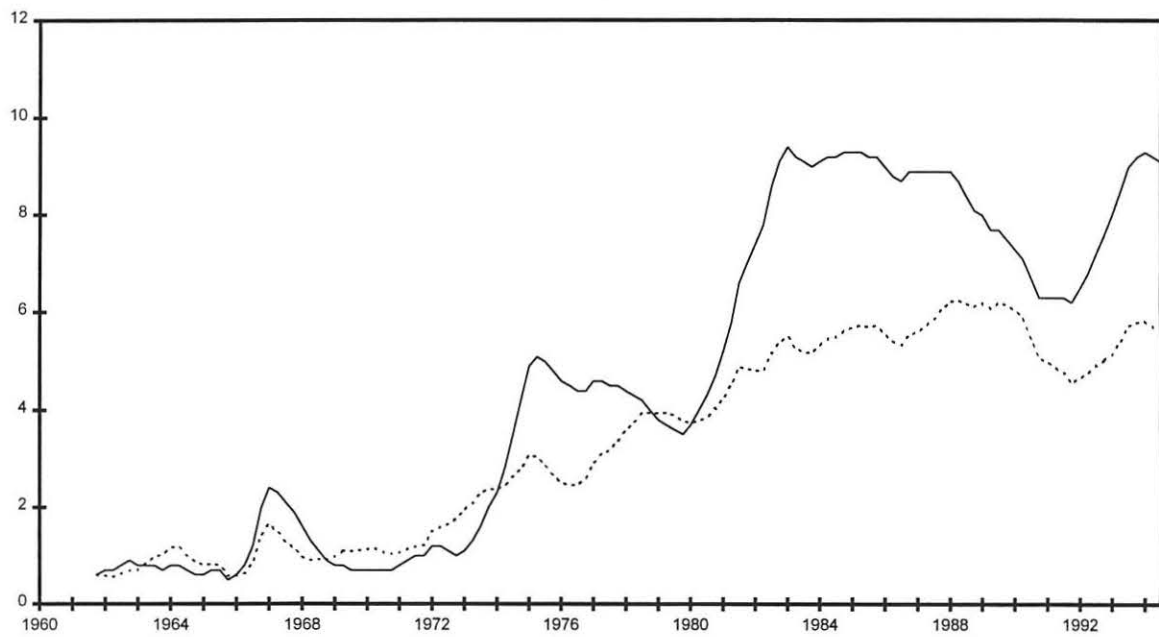


Abb. 7.3: Vereinigtes Königreich
Aktuelle Rate und Beitrag struktureller Schocks

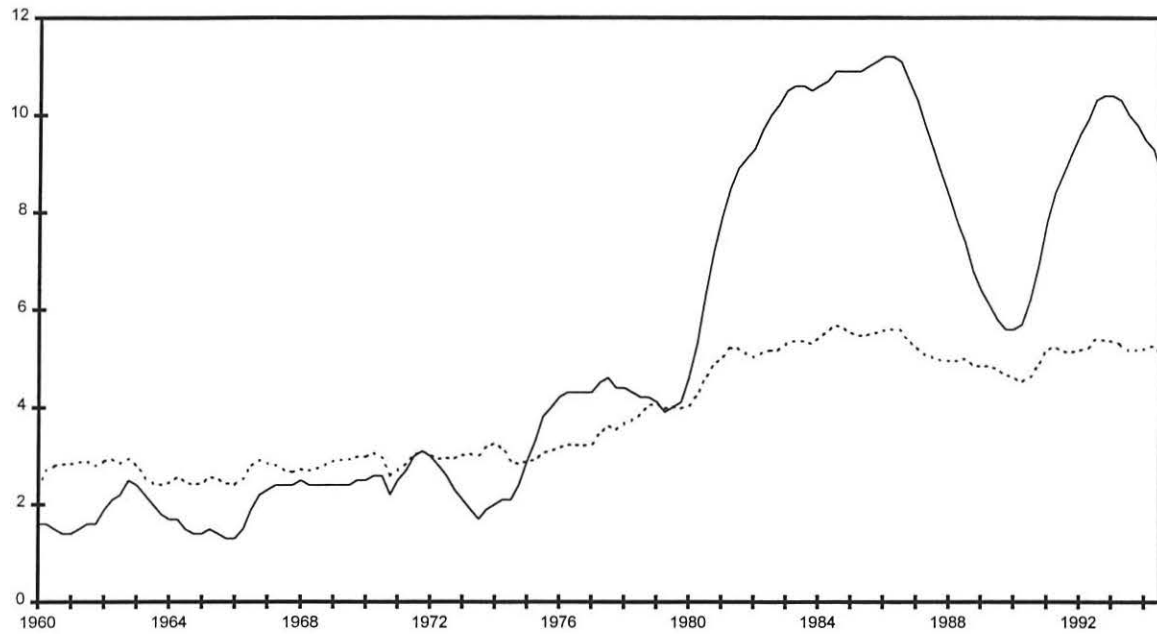


Abb. 7.4: Frankreich
Aktuelle Rate und Beitrag struktureller Schocks

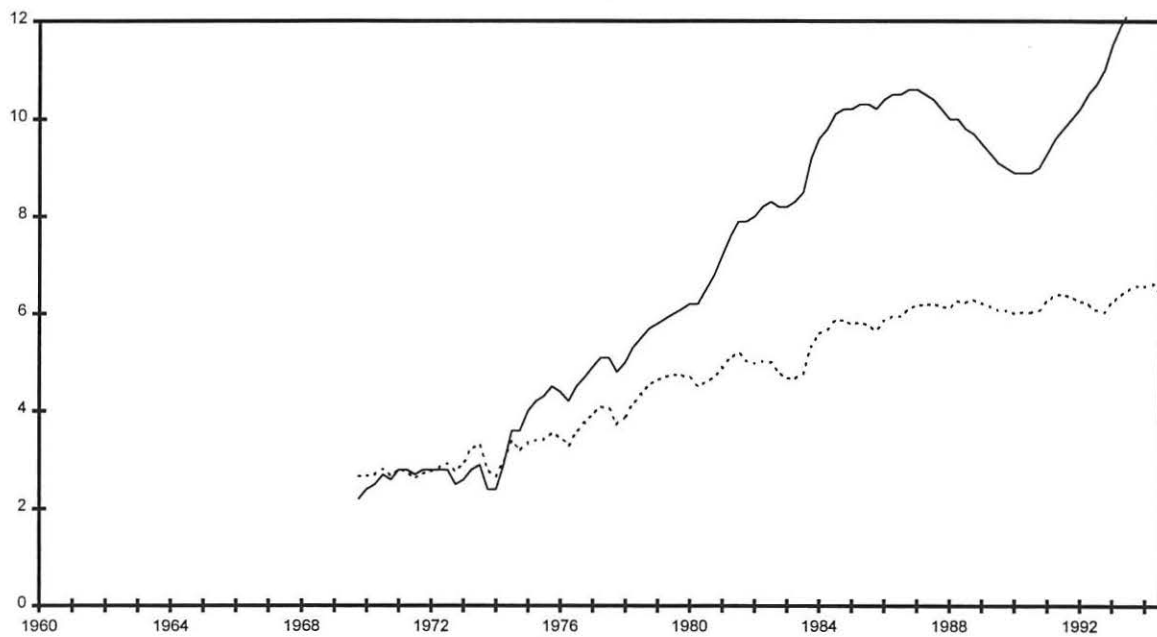
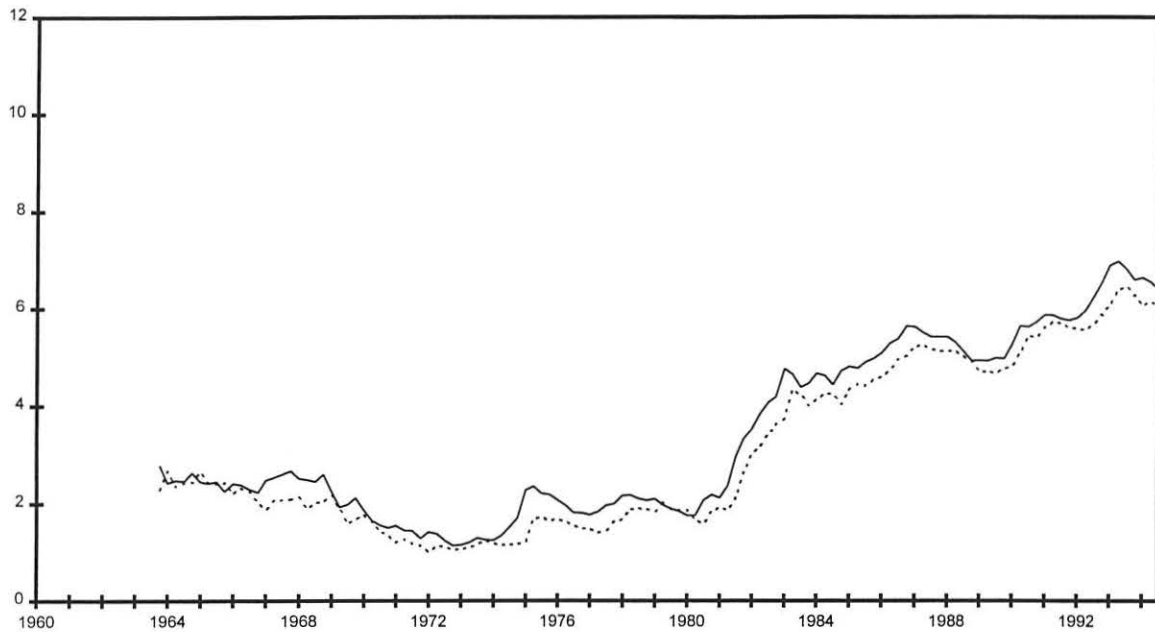


Abb. 7.5: Österreich
Aktuelle Rate und Beitrag struktureller Schocks



Arbeitslosenrate, gemessen an den Schwankungen des BIP, geringer ausfallen als in anderen Ländern (siehe Abschnitt 6)

3. Konsequenzen für Österreich

Während Hysteresiseffekte einen nicht unwesentlichen Anteil am Anstieg der europäischen Arbeitslosenraten haben dürften, befindet sich Österreich in klarem Kontrast zu den großen europäischen Ländern. Die, so wie in obigem Beitrag (Abschnitt 6) näher diskutierte, bekannte hohe Flexibilität der österreichischen Lohnsetzung im Rahmen der Sozialpartnerschaft dürfte dazu einen entscheidenden Beitrag geleistet haben. Ein Zweig der Literatur hat diesbezüglich argumentiert, daß Insidereffekte vor allem in Ländern mit stark segmentierten Gewerkschaften auftreten, während zentralisierte Lohnverhandlungen in stärkerem Ausmaß auf gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen Rücksicht nehmen. Tatsächlich könnte dies die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitslosenraten in Österreich - und einigen skandinavischen Ländern (bis zu deren krisenhafter Entwicklung in der ersten Hälfte der neunziger Jahre) - zu einem guten Teil erklären.

Es sollte allerdings angemerkt werden, daß sich die Anforderungen an die Lohnpolitik in Richtung der Notwendigkeit erhöhter Flexibilität auf der Mikroebene wandeln dürften. Bekanntlich hat sich die österreichische Lohnsetzung bislang primär an der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie orientiert. Gingen die Lohnsteigerungen nicht mit den Produktivitätssteigerungen anderer, geschützter, Sektoren

konform, so schlug sich dies typischerweise in Preiserhöhungen in den geschützten Bereichen nieder und resultierte letztendlich in positiven Inflationsdifferentialen gegenüber Deutschland (siehe Mittelfristige Prognose 1997). Auf diese Weise konnten die realen Lohnkosten auf sektoraler Ebene entsprechend angepaßt werden.

Die bislang geschützten Strukturen werden jedoch durch die Effekte der Integration in die Europäische Union weiterhin unter verstärktem Wettbewerbsdruck stehen, beziehungsweise in ihrem Preissetzungsverhalten stärker restringiert sein. Im Gegensatz zu früher werden dementsprechend Lohnerhöhungen, welche nicht mit branchenspezifischen Produktivitätsentwicklungen konform gehen, in geringerem Maße auf die Preise überwälzt werden können. Dies bedeutet umgekehrt einen Verlust an Reallohnflexibilität. Zur Erhaltung einer derselben könnte es daher in Hinkunft notwendig sein, Flexibilität in der Lohnsetzung auf Branchenebene in höherem Ausmaß als bisher zuzulassen. Dabei trotz sektoraler und betrieblicher Differenzierung die gesamtwirtschaftliche Perspektive nicht aus den Augen zu verlieren, stellt eine der großen Anforderungen an die institutionelle Gestaltung des Lohnverhandlungsprozesses in der Zukunft dar.

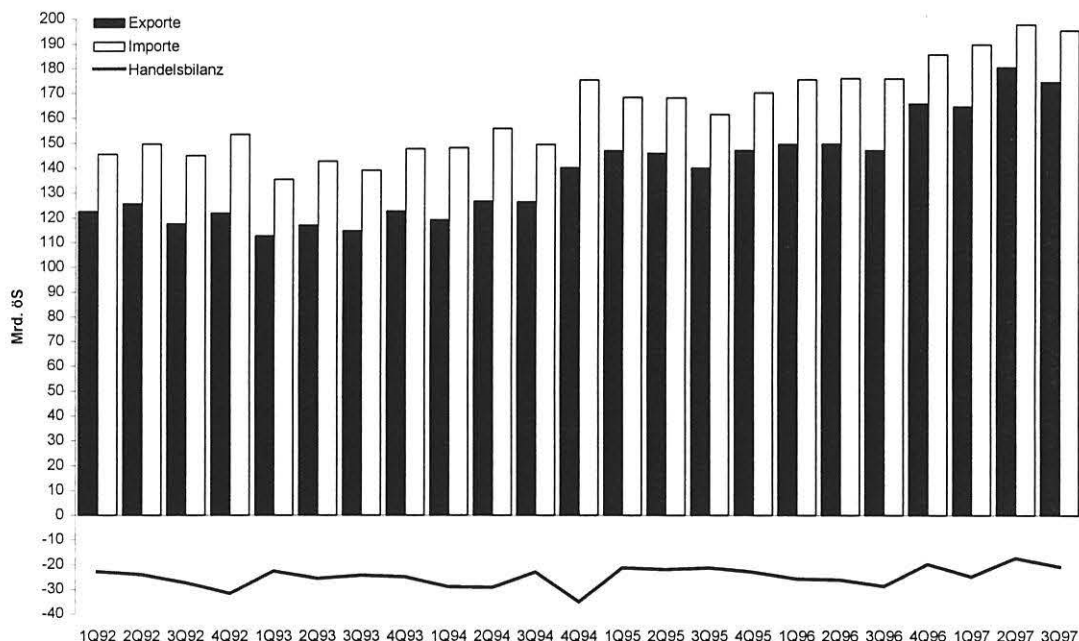
8. Entwicklung des österreichischen Außenhandels seit dem EU-Beitritt⁴

Gesamtentwicklung des österreichischen Warenhandels

Österreichs Warenhandel ist in den letzten Jahren durch außerordentliche strukturelle Änderungen gekennzeichnet, die durch eine Vielzahl internationaler Entwicklungen (Ostöffnung, EU-Beitritt Österreichs, Globalisierung) hervorgerufen wurden. Die Ostöffnung sowie die allmähliche Integration der ostmitteleuropäischen Nachbarländer in die Europäische Union ermöglichten, die Vorteile der geographischen Lage in Mitteleuropa auszunutzen. Der Beitritt Österreichs in die EU und die Globalisierung brachten Wettbewerbsdruck auch in Bereichen (zum Beispiel Landwirtschaft) mit sich, die vorher durch die nationale Handelspolitik geschützt wurden.

Die Änderungen der Rahmenbedingungen in der Weltwirtschaft schlugen sich in Änderung der Regional- sowie der Warenstruktur des österreichischen Außenhandels nieder. Die strukturellen Änderungen in Österreichs Warenhandel beschleunigten sich in den 90er Jahren. Wörgötter et al. (1997) zeigen, daß die Anpassungen der österreichischen Exporte zwar stärker sind als in Italien und Schweden, aber langsamer als in den Niederlanden.

Abbildung 8.1: Entwicklung des österreichischen Warenhandels



Quelle: IHS.

⁴ Dieser Beitrag faßt die Analyse des Warenhandels von Kapitel 6 des Österreichischen Außenhandelsjahrbuchs 1997, das vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Angelegenheiten publiziert wird, zusammen.

Trotz der steigenden Bedeutung der Dienstleistungen in Österreichs Außenwirtschaft leistet der Warenhandel den wichtigsten Beitrag zur Leistungsbilanz. Die Handelsbilanz ist in Österreich traditionell negativ. Die rückläufige Entwicklung im Reiseverkehr und das damit ausgelöste Leistungsbilanzdefizit haben den Warenhandel verstärkt in den Blickpunkt der österreichischen Wirtschaftspolitik gerückt. Das Handelsbilanzdefizit laut Zollstatistik erhöhte sich von 52.5 Mrd. öS im Jahre 1989 auf 76.6 Mrd. öS im Jahre 1996.

Regionale Struktur des österreichischen Warenhandels

Westeuropa

Österreichs Warenhandel ist weiterhin auf die Nachbarländer konzentriert. Nach dem EWR- und EU-Beitritt Österreichs ist der Handel mit der Europäischen Union (EU15) kräftig gewachsen. Im Jahre 1995 überstiegen die Wachstumsraten der Exporte in die EU (15.0 %) sowie der Importe aus der EU (12.1 %) deutlich die Wachstumsraten der Gesamtexporte (13.2 %) und -importe (6.2 %). Das Wachstum hat sich im Jahr 1996 - der Konjunkturentwicklung in der EU entsprechend - auf 2.7 % bei den Exporten und 4.7 % bei den Importen verlangsamt. Damit gingen in die Europäische Union 1996 etwa 64 % der österreichischen Gesamtexporte. Noch höher war 1996 der Anteil der Importe aus der EU (71 %).

Deutschland ist weiterhin das wichtigste Partnerland mit etwa 37 % der österreichischen Gesamtexporte und 43 % der Gesamtimporte im Jahre 1996. Italien ist mit 8.3 % der österreichischen Warenexporte und 8.8 % der -importe das zweitwichtigste Partnerland Österreichs. Die österreichischen Exporte nach Italien weisen dabei hohe Schwankungen auf. So ist der Exportrückgang von 14.0 % im Jahre 1993 sowie das Exportwachstum von 23.4 % im Jahre 1995 im Vergleich zu den anderen wichtigsten Handelspartnern Österreichs einmalig. Dies spiegelt die realen Wechselkursbewegungen wider. Im Jahre 1996 sind die österreichischen Exporte nach Italien um 0.7 % zurückgegangen und die Importe aus Italien mit 7.2 % gewachsen.

Die Schweiz als das letzte westeuropäische Nachbarland Österreichs ist erwartungsgemäß das drittwichtigste Partnerland der österreichischen Export- und Importunternehmen. Im Jahre 1996 stellten die österreichischen Exporte in die Schweiz 5.0 % der österreichischen Gesamtexporte dar. Im Unterschied zur Entwicklung der Exporte nach Deutschland sind die österreichischen Exporte in die Schweiz rückläufig. Im Jahre 1996 sind sie um 3.7 % gesunken, wobei sie während der letzten fünf Jahre nur 1994 (um 13.3 %) gestiegen sind. Die österreichischen Exporte in die Schweiz spiegeln damit die Entwicklung des BIP in der Schweiz wider. Die Aufwertung des Schweizer Franken hat sich auf die österreichischen Importe ebenfalls negativ ausgewirkt. Sie fielen im Jahre 1996 um 2.6 %.

Die weiter entfernten EU-Länder tragen mit geringfügigeren Anteilen zum Warenhandel bei. Frankreich stellt 4.3 %, Großbritannien 3.5 %, die Niederlande 2.6 %, Spanien 2.2 % und die anderen EU-Länder jeweils weniger als 2 % der österreichischen Gesamtexporte. Die geographische Verteilung der österreichischen Importe ist ähnlich: Frankreich (4.8 % der österreichischen Gesamtimporte), die Niederlande (3.2 %), Großbritannien (3.0 %) und Belgien (2.3 %). Dies deutet auf ein beträchtliches

Potential Österreichs im Handel mit den weiteren EU-Ländern hin. Dies kann auch an den außerordentlich hohen Wachstumsraten der österreichischen Exporte in einige EU-Länder nach dem EU-Beitritt im Jahre 1995 gesehen werden: Griechenland (38.9 %), Irland (21 %), Belgien (20 %) und Großbritannien (18.1 %).

Der EU-Beitritt mehrerer früherer EFTA Länder ermöglichte ebenfalls ein Wachstum der österreichischen Exporte nach Schweden (15.6 %) und Finnland (42.5 %) im Jahre 1995. Dies ist eher auf die weitergehende Außenhandelsliberalisierung in der EU im Vergleich zur EFTA, vor allem im Bereich der landwirtschaftlichen Produkte und einiger sensitiven Waren, zurückzuführen. Im Vergleich zu Schweden und Finnland hat Österreich bei diesen Waren komparative Vorteile, sodaß die Importe aus diesen Ländern nur geringfügig gestiegen sind.

Osteuropa

Das Wachstum des österreichischen Außenhandels mit den osteuropäischen Ländern seit Ende der 80er Jahre stellt die wichtigste Änderung der regionalen Struktur des österreichischen Warenhandels dar. Der Anteil Osteuropas (einschließlich des ehemaligen Jugoslawiens und der früheren UdSSR) an den österreichischen Exporten stieg von 9.9 % im Jahre 1989 auf 15.4 % im Jahre 1996. Auf der Importseite erreichten die osteuropäischen Länder 10.0 % im Jahre 1996 (6.8 % im Jahre 1989).

Auch in bezug auf die osteuropäischen Länder sinkt allerdings das Engagement der österreichischen Unternehmen mit der Entfernung. Ungarn ist mit 4.0 % der österreichischen Exporte bzw. 2.7 % der Importe das wichtigste Partnerland in Osteuropa, gefolgt von Tschechien mit 2.9 % der Exporte und 2.0 % der Importe. Die ostmitteleuropäischen Nachbarländer Österreichs (Ungarn, Tschechien, Slowenien und die Slowakei) stellen etwa zwei Drittel des Außenhandels mit Osteuropa (9.8 % der Gesamtexporte und 6.4 % der -importe).

Die Wachstumsraten des österreichischen Außenhandels mit Osteuropa sind weiterhin beträchtlich. Die österreichischen Exporte in die ostmitteleuropäischen Länder stiegen 1996 um 16.4 % (14.2 % nach Osteuropa). Das Wachstum der Importe lag mit 24.0 % (19.2 % aus Osteuropa) deutlich höher.

In den 90er Jahren erreichte Österreich signifikante Handelsbilanzüberschüsse im Außenhandel mit den osteuropäischen Ländern. Der Handelsbilanzüberschuß Österreichs erhöhte sich von 7.4 Mrd. öS im Jahre 1989 auf 23.0 Mrd. öS im Jahre 1996. Dieser Handelsbilanzüberschuß wird vor allem im Handel mit Ungarn (5.2 Mrd. öS bzw. 21 % der österreichischen Exporte nach Ungarn im Jahre 1996), Slowenien (3.9 Mrd. öS bzw. 40 % der Exporte), Polen (3.4 Mrd. öS bzw. 37 % der Exporte) und Tschechien (3.4 Mrd. öS oder 19 % der Exporte) erzielt. Dagegen weist Österreich weiterhin ein Handelsbilanzdefizit im Handel mit Rußland von 3.3 Mrd. öS (42 % der österreichischen Exporte nach Rußland im Jahre 1996) auf, welches aus den österreichischen Rohstoffimporten resultiert.

Ausgewählte Überseeländer

Die Überseeländer erbringen weiterhin nur einen geringen Anteil des österreichischen Außenhandels. Im Jahre 1996 betrafen 3.2 % der österreichischen Warenexporte und 4.5 % der Importe die USA. Japan als der zweitwichtigste Handelspartner Österreichs in Übersee trug 1.5 % der Exporte und 2.4 % der Importe bei. Die Exporte sowie die Importe zeichneten sich jedoch 1996 durch eine hohe Dynamik aus. Die Importe in die OECD-Überseeländer (Japan, Kanada, Neuseeland und die USA) wuchsen mit 18.8 % stärker als die österreichischen Importe aus dieser Region (12.4 %). Besonders positiv ist zu beurteilen, daß die Exporte nach Japan mit 24.6 %, nach den Verlusten in den vergangenen Jahren (1995: -4.8 %), über dem Durchschnitt dieser Region gestiegen sind.

Die Teilnahme der österreichischen Unternehmen am dynamischen Wachstum in Südostasien Anfang der 90er Jahre war gering. Im Jahre 1996 stellten die sogenannten vier Drachen (Hongkong, Korea, Singapur und Taiwan) lediglich 1.7 % der österreichischen Gesamtexporte dar. Nach zweistelligen Wachstumsraten bis Mitte der 90er Jahre sind die österreichischen Exporte nach Südostasien 1996 um -5.5 % zurückgegangen. Diese Entwicklung ist vor allem auf Singapur (-16.1 %) und Hongkong (-7.8 %) zurückzuführen. Die Exporte in die ASEAN-Länder entwickelten sich 1996 noch besser (14.1 %), die Wechselkurskrise 1997 in mehreren ASEAN-Ländern läßt jedoch deutliche Verluste erwarten.

Auf der Importseite waren 1995 massive Rückgänge (-20 % in den vier südostasiatischen Tigerländern bzw. -21.5 % in den ASEAN-Ländern) zu beobachten, die sich 1996 in Südostasien fortgesetzt haben (-0.8 %) bzw. in den ASEAN-Ländern nur teilweise (17.7 %) aufgehoben wurden.

Dies deutet auf *handelsumlenkende* Effekte nach dem EU-Beitritt Österreichs bei Drittländern hin, deren bilateraler Handel mit Österreich anders als mit der EU geregelt wurde. Mittelfristig dürften die *handelsschaffenden* Effekte größer sein, wie sich an der Stabilisierung im Jahre 1996 zeigt. Diese Entwicklung ist ebenfalls in den Importen aus Japan (1995: -34.5 %, 1996: 4.6 %), Kanada (1995: -34.5 %, 1996: 58.8 %), aus den Ländern des mittleren Ostens (1995: -29.7 %, 1996: 22.5 %) sowie aus den Entwicklungsländern (1995: 15.4 %, 1996: 10.1 %) sichtbar.

Dem schwachen USD in den 90er Jahren entsprechend ist das Handelsbilanzdefizit mit den USA von 3.7 Mrd. öS (25 % der österreichischen Exporte in die USA) im Jahre 1989 auf 12.3 Mrd. öS (63 % der Exporte) im Jahr 1996 gestiegen. Im Handel mit Japan hatte Österreich vor dem EU-Beitritt ein Handelsbilanzdefizit von 18 bis 20 Mrd. öS. Nach der Übernahme der Handelspolitik der EU hat sich das Handelsbilanzdefizit im Handel mit Japan auf etwa 8 Mrd. öS reduziert.

Auch im Handel mit den südostasiatischen Ländern hat sich das Handelsbilanzdefizit von 5 bis 9 Mrd. öS vor dem EU-Beitritt auf 1 Mrd. öS im Jahre 1996 verringert. Im Handel mit Hongkong, Korea und Singapur wurde nach früheren Handelsbilanzdefiziten gar ein Handelsüberschuß von 1.8 Mrd. öS verzeichnet, dem in der Region ein im Vergleich zu den früheren Jahren unverändertes Handelsbilanzdefizit von 2.5 Mrd. öS im Handel mit Taiwan gegenübersteht.

Warenstruktur des österreichischen Außenhandels

Österreichischer Warenhandel nach SITC-Hauptgruppen

Österreichische Warenexporte sind auf Industriewaren (SITC 5 bis 8) spezialisiert, die im Jahre 1996 über 90 % der österreichischen Gesamtexporte ausmachten. Die Exporte von Maschinen und Fahrzeugen (SITC 7) sind seit Beginn der 90er Jahre schneller gewachsen (9.9 % im Jahre 1996) als die anderen Warengruppen, was sich in einer Erhöhung ihres Anteiles an den österreichischen Gesamtexporten von 34.4 % im Jahre 1989 auf 40.6 % im Jahre 1996 widerspiegelt.

Die Halb- und Fertigwaren (SITC 6) stellen mit 27.2 % der österreichischen Warenexporte die zweitwichtigste Warengruppe dar. Die strukturelle Änderung des österreichischen Außenhandels infolge der Ostöffnung sowie der Globalisierung führt jedoch sowohl zu niedrigen Wachstumsraten bzw. auch Rückgängen (-1.5 % im Jahre 1996) als auch zu einer Verringerung ihres Anteils an den österreichischen Gesamtexporten von 33.0 % im Jahre 1989 auf 27.2 % im Jahre 1996.

Der Anteil der Rohstoffexporte (SITC 2), die im Jahre 1996 um -7.6 % gefallen sind, an den österreichischen Gesamtexporten ist ebenfalls von 5.5 % im Jahre 1989 auf 3.7 % im Jahre 1996 gesunken. Dagegen zeigen die österreichischen Exporte von Brennstoffen, die vor allem auf die internationalen Aktivitäten der OMV zurückzuführen sind, mit einem Wachstum von 29.3 % im Jahre 1996 eine hohe Dynamik.

Der EU-Beitritt Österreichs verbesserte erwartungsgemäß den Marktzutritt der österreichischen Unternehmen auf die EU-Märkte für sensitive Waren. Im Jahre 1995 sind Exporte von Nahrungsmitteln (SITC 0) und den bereits erwähnten Halb- und Fertigwaren (SITC 6) nach einer Stagnation Anfang der 90er Jahre mit 28.2 % bzw. 14.2 % gewachsen. Im Jahre 1996 hat sich das Wachstum der Exporte dieser Warengruppen verlangsamt (19.4 % bei Nahrungsmitteln und 9.9 % bei Halb- und Fertigwaren), ist aber trotzdem über dem Gesamtdurchschnitt geblieben. Eine weniger ausgeprägte Entwicklung nach diesem Muster wurde auch von den sonstigen Fertigwaren (SITC 8), darunter Kleidung und Textilien und andere sensitive Güter, verzeichnet, die im Jahr 1995 mit 10.3 % und 1996 mit 4.8 % gewachsen sind. Der Anteil dieser Warengruppe an den österreichischen Exporten ist mit etwa 13 % seit dem Ende der 80er Jahre konstant geblieben.

Die Warenstruktur der österreichischen Importe ist weitgehend jener der Exporte ähnlich. Die Importe von Maschinen und Fahrzeugen (SITC 7) betrugen 1996 37.9 % der österreichischen Importe, gefolgt von Importen der Halb- und Fertigwaren (SITC 6) mit 18.2 % und der sonstigen Fertigwaren (SITC 8) mit 17.8 %. Die Industriewaren (SITC 5 bis 8) erreichten 1996 in Summe einen etwas kleineren Anteil (84.5 % der österreichischen Gesamtimporte) als auf der Exportseite, was der Spezialisierung Österreichs auf Industrieprodukte entspricht. Die Importe von Rohstoffen (SITC 2) sind 1996 mit -13.7 % stark zurückgegangen, was sich ebenfalls in einer Anteilsverringerung von 5.4 % im Jahre 1989 auf 3.8 % der Gesamtimporte widerspiegelt.

Der EU-Beitritt Österreichs führte importseitig ebenfalls zu einer Belebung der bisher nicht liberalisierten Importe von Nahrungsmitteln (SITC 0), die 1995 mit 16.1 % und 1996 mit 9.5 % gestiegen sind.

Intra-industrieller Handel in Österreichs Warenhandel

Im Außenhandel zwischen den entwickelten Ländern, vor allem im Außenhandel zwischen den Mitgliedsländern der EU, spielt der intra-industrielle Handel, d.h. Außenhandel mit ähnlichen oder denselben Waren, eine zunehmend wichtigere Rolle. Der Schwerpunkt des Außenhandels zwischen den entwickelten Ländern betrifft zunehmend weniger den Austausch spezialisierter Produkte als vielmehr den Handel mit ähnlichen Zwischen- und Fertigprodukten. Dementsprechend bestimmt die ursprüngliche Faktorausstattung der OECD- oder der EU-Länder immer weniger die Struktur des Außenhandels. Diese Wirtschaftsbeziehungen werden als intra-industrieller Handel bezeichnet.

Die Frage, inwieweit sich die industrielle Kooperation im österreichischen Warenhandel innerhalb der Periode 1989-1994 verstärkt hat, untersuchen wir mit Hilfe von Grubel-Lloyd Indizes des intra-industriellen Handels (*IIT*). Dieser ist definiert als:

$$IIT_{it} = 1 - \frac{|X_{it} - M_{it}|}{X_{it} + M_{it}},$$

wobei X_i die Exporte der Industrie i ; M_i die Importe, $|X_i - M_i|$ den absoluten Wert der Handelsbilanz und $(X_i + M_i)$ das Gesamthandelsvolumen der SITC-Warengruppen (Drei-Steller) i in Periode t bezeichnet. Ein Indexwert von 0 bedeutet, daß ausschließlich inter-industrieller Handel vorliegt, d.h. eine vollständige Spezialisierung beider Ländern auf unterschiedliche Produkte eingetreten ist, während ein Indexwert von 1 für vollständig intra-industriellen Handel steht.

Österreich als ein Industrieland weist einen hohen Wert des intra-industriellen Handels aus. Die intra-industrielle Kooperation der österreichischen Unternehmen konzentriert sich erwartungsgemäß auf Deutschland (71.1 % im Jahre 1996) und andere EU-Länder (61.7 % im Jahre 1996). Im Handel mit den OECD-Ländern in Übersee wird ein niedrigerer Grad des intra-industriellen Handels ausgewiesen, was der größeren Entfernung sowie der weniger fortgeschrittenen Liberalisierung des Außenhandels entspricht. Demgegenüber werden nur geringe Anteile des intra-industriellen Handels (25.2 % im Jahre 1996) im Außenhandel mit den Entwicklungsländern ausgewiesen.

Der intra-industrielle Außenhandel Österreichs mit den Schwellenländern war mit jenem der Entwicklungsländer vergleichbar. Seit dem EU-Beitritt Österreichs scheint sich jedoch die Handelsstruktur der österreichischen Exporte und Importe mit diesen Ländern der Handelsstruktur mit den OECD-Ländern in Übersee anzugleichen.

Tabelle 8.1: Anteile des intra-industriellen Handels Österreichs nach ausgewählten Regionen, in %

	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Gesamthandel	65.78	67.53	67.71	68.69	69.30	69.50	71.23	73.04
EU ohne Deutschland	57.70	57.83	57.79	58.16	58.84	58.52	59.93	61.66
Deutschland	64.95	67.55	69.18	68.99	69.65	69.56	70.17	71.12
Ostmitteleuropa ^{/1}	30.39	34.89	37.84	41.52	41.34	46.78	48.98	51.75
Osteuropa ohne MOEL ^{/2}	23.96	26.86	26.71	28.78	29.42	29.57	31.87	33.77
OECD Übersee ^{/3}	30.82	32.92	31.80	33.62	35.10	37.06	40.71	46.48
Schwellenländer ^{/4}	19.38	21.24	20.67	22.41	25.51	27.46	29.60	37.28
Entwicklungsländer	18.16	17.86	18.25	19.12	20.54	21.84	22.61	25.21

Bemerkung: ^{/1} MOEL: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn; ^{/2} Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, FRJ, Kroatien, Mazedonien, Rumänien, Slowenien; ^{/3} Japan, Kanada, USA; ^{/4} Hongkong, Korea, Singapur, Taiwan, Brasilien, Mexiko;.

Quelle: IHS.

Die osteuropäischen Länder zeigten vor der Ostöffnung ebenfalls geringe Anteile des intra-industriellen Handels. Durch die Handelsliberalisierung wurde jedoch ein schneller Anstieg ermöglicht, der vor allem von den ostmitteleuropäischen Ländern umgesetzt wurde. Der Anteil des intra-industriellen Handels im Außenhandel mit den ostmitteleuropäischen Ländern erhöhte sich von 30.4 % im Jahre 1989 auf 51.8 % im Jahre 1996. Im Außenhandel mit den anderen osteuropäischen Ländern ist der Anteil des intra-industriellen Handels jedoch etwa auf dem Niveau der Entwicklungsländer (33.8 %) geblieben. Dies deutet auf eine allmähliche Konvergenz der ostmitteleuropäischen Nachbarländer an die Wirtschaftsstruktur der EU-Länder sowie auf einen geringen Fortschritt des Konvergenzprozesses in den anderen osteuropäischen Ländern hin.

Modellprognose mit dem Modell LIMA Version 1997

Den Wirtschaftsprognosen des Instituts für Höhere Studien liegt ein makroökonomisches Modell auf Jahresbasis zugrunde. Einige wirtschaftliche Größen sind hierbei *exogen*, d.h. sie müssen vor der Lösung aufgrund von Quartals- und Monatswerten und diversen Zusatzinformationen fortgeschrieben werden. Die meisten ausgewiesenen Variablen sind *endogen*, die Prognosewerte ergeben sich aus der Lösung des Modells.

Modellexogen sind die Importpreise, der Dollarkurs, die Ausgabenseite des öffentlichen Sektors sowie diverse Steuersätze und dergleichen. Zu den *endogenen* Größen zählen hingegen insbesondere die Importe, die Einnahmenseite des öffentlichen Sektors, die Komponenten der Inlandsnachfrage und deren Preisentwicklung. Die Exporte und Exportpreise werden unter Berücksichtigung der Weltmarktentwicklung in einem separaten Modellteil bestimmt. Dem monetären Sektor ist ein selbständiges Modell gewidmet, welches die Zinssätze für den realen Teil vorgibt.

Für die Betreuung der Lösung des Modells LIMA auf der EDV-Anlage wird das am Institut für Höhere Studien entwickelte IAS-System herangezogen.

Als zusätzliches Service bietet das IHS den Abonnenten seiner Quartalsprognose die in diesem Bericht enthaltenen Prognoseergebnisse (Tabellen) auf Diskette an.

TAB. 1/1 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL	1.564.485 .5%	1.604.253 2.5%	1.637.257 2.1%	1.664.046 1.6%	1.695.304 1.9%	1.737.616 2.5%	1.786.330 2.8%	1.830.117 2.5%	1.871.460 2.3%	1.919.880 2.6%
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	2.125.343 3.3%	2.239.621 5.4%	2.334.358 4.2%	2.421.623 3.7%	2.499.442 3.2%	2.601.628 4.1%	2.713.042 4.3%	2.830.046 4.3%	2.944.914 4.1%	3.065.215 4.1%
PGDP	DEFLATOR DES BIP	135.849 2.8%	139.605 2.8%	142.577 2.1%	145.526 2.1%	147.433 1.3%	149.724 1.6%	151.878 1.4%	154.637 1.8%	157.359 1.8%	159.657 1.5%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX	332.657 3.6%	342.500 3.0%	350.184 2.2%	356.686 1.9%	361.335 1.3%	367.064 1.6%	373.328 1.7%	380.548 1.9%	387.901 1.9%	395.055 1.8%
YWGLEA	BRUTTO-LOHNSUMME JE AKTIV-BESCHAEFTIGTEN	315.155 4.2%	325.276 3.2%	336.666 3.5%	343.043 1.9%	348.105 1.5%	355.985 2.3%	365.599 2.7%	376.621 3.0%	387.035 2.8%	397.491 2.7%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV- BESCHAEFTIGTE IN 1000	2.955.841 -.3%	2.971.732 .5%	2.972.259 .0%	2.955.749 -.6%	2.968.506 .4%	2.990.283 .7%	3.012.768 .8%	3.030.929 .6%	3.045.157 .5%	3.061.905 .5%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.782 .839	6.542 -240	6.569 .027	7.032 .464	7.095 .063	7.088 -007	6.867 -221	6.618 -249	6.531 -087	6.494 -037
YD\$	DISPONIBLES EINKOMMEN NOMINELL	1.314.003 2.9%	1.396.063 6.2%	1.458.960 4.5%	1.505.223 3.2%	1.514.136 .6%	1.559.433 3.0%	1.618.652 3.8%	1.680.927 3.8%	1.740.308 3.5%	1.802.336 3.6%
BPC	LEISTUNGSBILANZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-8.245 -6.617	-20.617 -12.372	-46.999 -26.382	-43.370 3.629	-39.827 3.543	-31.555 8.272	-25.811 5.744	-22.363 3.448	-18.270 4.092	-14.059 4.211

TAB. 1/2 : WACHSTUMSBEITRAEGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Var1	PRIVATER KONSUM	.424	.956	1.626	1.372	.164	.458	.856	.922	.926	.969
Var2	EIGENKONSUM NON-PROFIT	-.021	.049	.012	.018	.006	.005	.014	.016	.016	.017
Var3	OEFFENTLICHER KONSUM	.466	.432	-.008	.020	.058	.099	.163	.160	.158	.156
Var4	INVESTITIONEN	-.496	2.035	.495	.626	.521	.709	1.115	.908	.695	.776
Var5	AUSRUESTUNGEN	-.765	1.087	.331	.395	.495	.610	.862	.644	.484	.491
Var6	BAUTEN	.217	.912	.079	.378	.000	.066	.221	.231	.179	.253
Var7	LAGERVERAENDERUNG + STATISTISCHE DIFFERENZ	.448	.241	.199	-.634	.096	.177	.000	.000	.000	.000
Var8	EXPORTE I.W.S.	-.606	2.581	3.057	4.595	4.024	4.448	3.823	2.995	2.927	3.770
Var9	WAREN	-.886	2.538	2.995	3.229	3.988	3.832	3.171	2.388	2.365	3.088
Var10	Dienstleistungen	.216	.302	-.103	.592	-.642	.231	.237	.217	.197	.251
Var11	IMPORTE I.W.S.	.298	-3.751	-3.324	-4.361	-2.991	-3.399	-3.167	-2.545	-2.469	-3.099
Var12	WAREN	1.473	-3.466	-1.311	-3.050	-3.099	-2.920	-2.732	-2.168	-2.068	-2.631
Var13	Dienstleistungen	.168	-.085	-.059	-.548	.678	-.133	-.150	-.140	-.129	-.147
GDP	BRUTTO-INLANDSPRODUKT	.513	2.542	2.057	1.636	1.878	2.496	2.803	2.451	2.259	2.587

TAB. 1/3 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Var1	INVESTITIONSQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	22.825 -675	23.814 .990	23.735 -079	23.818 .083	23.855 .037	23.919 .063	24.307 .388	24.534 .227	24.618 .084	24.725 .107
UREU	ARBEITSLOSENRATE EU DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	. .	3.800 .	3.900 .100	4.400 .500	4.500 .100	4.500 .000	4.340 -160	4.200 -140	4.200 .000	4.100 -100
Var2	SPARQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	9.128 -1.037	10.133 1.004	10.193 .061	8.624 -1.569	7.156 -1.468	7.581 .424	8.020 .439	8.244 .224	8.277 .034	8.347 .069
Var3	DISPONIBLE EINKOMMEN REAL	988.739 -4%	1.017.275 2.9%	1.047.227 2.9%	1.054.152 .7%	1.046.723 -7%	1.060.260 1.3%	1.082.146 2.1%	1.103.498 2.0%	1.123.133 1.8%	1.144.564 1.9%
Var4	REALZINSSATZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	3.959 -100	3.909 -051	4.338 .429	3.233 -1.104	3.511 .277	3.561 .051	3.932 .371	3.504 -429	3.491 -013	3.732 .241
LQB	BEREINIGTE LOHNQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	70.594 .781	69.942 -653	68.893 -1.049	67.603 -1.290	67.226 -376	66.777 -449	66.417 -361	66.086 -330	65.776 -310	65.449 -327
Var5	REALLOEHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	237.143 .8%	237.020 -1%	241.656 2.0%	240.243 -6%	240.645 .2%	242.035 .6%	244.420 1.0%	247.245 1.2%	249.779 1.0%	252.424 1.1%
PRLEA	ARBEITSPRODUKTIVITAET JE AKTIV BESCH.	529.286 .8%	539.838 2.0%	550.846 2.0%	562.986 2.2%	571.100 1.4%	581.087 1.7%	592.920 2.0%	603.814 1.8%	614.569 1.8%	627.021 2.0%
Var6	FINANZIERUNGSSALDO VGR IN PROZENT DES BIP ABSOLUTE DIFFERENZEN	4.207 2.393	4.879 .672	5.108 .228	3.950 -1.158	2.854 -1.096	2.709 -146	2.405 -304	2.363 -042	2.231 -132	2.161 -071

TAB. 2 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
C\$	PRIVATER KONSUM	1.160.149 4.0%	1.218.044 5.0%	1.271.569 4.4%	1.335.662 5.0%	1.365.153 2.2%	1.399.450 2.5%	1.445.461 3.3%	1.497.122 3.6%	1.549.181 3.5%	1.602.900 3.5%
CNP\$	EIGENKONSUM NON-PROFIT	33.908 6.3%	36.561 7.8%	38.676 5.8%	39.753 2.8%	40.627 2.2%	41.766 2.8%	43.374 3.8%	45.235 4.3%	47.073 4.1%	49.000 4.1%
CP\$	OEFFENTLICHER KONSUM	429.574 7.9%	454.957 5.9%	469.322 3.2%	478.304 1.9%	487.420 1.9%	500.885 2.8%	518.253 3.5%	537.874 3.8%	556.990 3.6%	576.202 3.4%
IF\$	BRUTTO-ANLAGE- INVESTITIONEN	485.099 .3%	533.348 9.9%	554.070 3.9%	576.791 4.1%	596.247 3.4%	622.274 4.4%	659.457 6.0%	694.319 5.3%	724.985 4.4%	757.869 4.5%
IFE\$	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	179.179 -6.9%	197.277 10.1%	204.438 3.6%	212.438 3.9%	223.416 5.2%	238.699 6.8%	260.684 9.2%	279.490 7.2%	295.631 5.8%	312.249 5.6%
IFC\$	BAUINVESTITIONEN	276.030 4.9%	304.542 10.3%	315.279 3.5%	332.392 5.4%	339.752 2.2%	349.172 2.8%	362.994 4.0%	377.618 4.0%	390.656 3.5%	405.373 3.8%
DIFI\$	LAGERVERAENDERUNGEN UND STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	2.713 -5.532	.833 -1.880	10.320 9.487	4.120 -6.200	9.061 4.941	19.209 10.148	19.786 .576	20.379 .594	20.991 .611	21.620 .630
VD\$	INLANDSNACHFRAGE	2.111.443 3.6%	2.243.743 6.3%	2.343.957 4.5%	2.434.630 3.9%	2.498.508 2.6%	2.583.583 3.4%	2.686.324 4.0%	2.794.820 4.0%	2.899.236 3.7%	3.007.597 3.7%
X\$	EXPORTE I.W.S.	786.507 -6%	838.841 6.7%	900.905 7.4%	988.783 9.8%	1.065.793 7.8%	1.163.497 9.2%	1.257.299 8.1%	1.340.206 6.6%	1.425.501 6.4%	1.532.698 7.5%
M\$	IMPORTE I.W.S.	772.607 .1%	842.963 9.1%	910.504 8.0%	1.001.790 10.0%	1.064.859 6.3%	1.145.452 7.6%	1.230.580 7.4%	1.304.968 6.0%	1.379.818 5.7%	1.475.078 6.9%
GDP\$	B I P ZU MARKTPREISEN	2.125.343 3.3%	2.239.621 5.4%	2.334.358 4.2%	2.421.623 3.7%	2.499.442 3.2%	2.601.628 4.1%	2.713.042 4.3%	2.830.046 4.3%	2.944.914 4.1%	3.065.215 4.1%

TAB. 3 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD.S ZU PREISEN VON 1983)

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
C	PRIVATER KONSUM	877.498 .8%	892.448 1.7%	918.541 2.9%	941.002 2.4%	943.731 .3%	951.487 .8%	966.359 1.6%	982.833 1.7%	999.786 1.7%	1.017.913 1.8%
CNP	EIGENKONSUM NON-PROFIT	20.986 -1.5%	21.750 3.6%	21.940 .9%	22.242 1.4%	22.346 .5%	22.429 .4%	22.680 1.1%	22.960 1.2%	23.249 1.3%	23.563 1.4%
CP	OEFFENTLICHER KONSUM	273.091 2.7%	279.845 2.5%	279.716 .0%	280.037 .1%	281.007 .3%	282.693 .6%	285.520 1.0%	288.375 1.0%	291.259 1.0%	294.172 1.0%
IF	BRUTTO-ANLAGE- INVESTITIONEN	379.395 -2.0%	411.239 8.4%	419.178 1.9%	429.435 2.4%	438.105 2.0%	450.116 2.7%	469.490 4.3%	485.710 3.5%	498.430 2.6%	512.959 2.9%
IFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	154.475 -7.2%	171.480 11.0%	176.794 3.1%	183.266 3.7%	191.507 4.5%	201.849 5.4%	216.823 7.4%	228.334 5.3%	237.192 3.9%	246.376 3.9%
IFC	BAUINVESTITIONEN	203.027 1.7%	217.296 7.0%	218.562 .6%	224.752 2.8%	224.752 .0%	225.876 .5%	229.716 1.7%	233.851 1.8%	237.124 1.4%	241.867 2.0%
DIFII	LAGERVERAENDERUNGEN UND STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	4.812 6.975	8.585 3.773	11.785 3.200	1.405 -10.380	3.000 1.595	6.000 3.000	6.000 .000	6.000 .000	6.000 .000	6.000 .000
VD	INLANDSNACHFRAGE	1.555.782 .8%	1.613.867 3.7%	1.651.160 2.3%	1.674.121 1.4%	1.688.188 .8%	1.712.724 1.5%	1.750.043 2.2%	1.785.783 2.0%	1.818.740 1.8%	1.854.613 2.0%
X	EXPORTE I.W.S.	716.915 -1.3%	757.289 5.6%	806.323 6.5%	881.553 9.3%	948.512 7.6%	1.023.915 7.9%	1.090.340 6.5%	1.143.846 4.9%	1.197.413 4.7%	1.267.965 5.9%
M	IMPORTE I.W.S.	708.212 -7%	766.903 8.3%	820.226 7.0%	891.628 8.7%	941.396 5.6%	999.023 6.1%	1.054.053 5.5%	1.099.513 4.3%	1.144.693 4.1%	1.202.698 5.1%
GDP	B I P ZU MARKTPREISEN	1.564.485 .5%	1.604.253 2.5%	1.637.257 2.1%	1.664.046 1.6%	1.695.304 1.9%	1.737.616 2.5%	1.786.330 2.8%	1.830.117 2.5%	1.871.460 2.3%	1.919.880 2.6%

TAB. 4 : PREISINDIZES 1983 = 100

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
PC	PRIVATER KONSUM	132.897 3.3%	137.236 3.3%	139.316 1.5%	142.790 2.5%	144.655 1.3%	147.080 1.7%	149.578 1.7%	152.327 1.8%	154.951 1.7%	157.469 1.6%
PCP	OEFFENTLICHER KONSUM	157.301 5.0%	162.575 3.4%	167.785 3.2%	170.800 1.8%	173.455 1.6%	177.183 2.1%	181.512 2.4%	186.519 2.8%	191.235 2.5%	195.873 2.4%
PIF	BRUTTO-ANLAGE- INVESTITIONEN	127.861 2.4%	129.693 1.4%	132.180 1.9%	134.314 1.6%	136.097 1.3%	138.247 1.6%	140.462 1.6%	142.949 1.8%	145.454 1.8%	147.745 1.6%
PIFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	115.992 .3%	115.044 -8%	115.636 .5%	115.918 .2%	116.662 .6%	118.257 1.4%	120.229 1.7%	122.404 1.8%	124.638 1.8%	126.737 1.7%
PIFC	BAUINVESTITIONEN	135.957 3.2%	140.151 3.1%	144.252 2.9%	147.893 2.5%	151.168 2.2%	154.586 2.3%	158.019 2.2%	161.478 2.2%	164.747 2.0%	167.602 1.7%
PVD	INLANDSNACHFRAGE	135.716 2.8%	139.029 2.4%	141.958 2.1%	145.427 2.4%	147.999 1.8%	150.846 1.9%	153.522 1.8%	156.494 1.9%	159.406 1.9%	162.167 1.7%
PX	EXPORTE I.W.S.	109.707 .7%	110.769 1.0%	111.730 .9%	112.164 .4%	112.365 .2%	113.632 1.1%	115.313 1.5%	117.166 1.6%	119.048 1.6%	120.878 1.5%
PM	IMPORTE I.W.S.	109.093 .7%	109.918 .8%	111.006 1.0%	112.355 1.2%	113.115 .7%	114.657 1.4%	116.747 1.8%	118.686 1.7%	120.540 1.6%	122.647 1.7%
PGDP	B I P ZU MARKTPREISEN	135.849 2.8%	139.605 2.8%	142.577 2.1%	145.526 2.1%	147.433 1.3%	149.724 1.6%	151.878 1.4%	154.637 1.8%	157.359 1.8%	159.657 1.5%

TAB. 5 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
XG\$	WARENEXPORTE	468.277 -3.7%	512.989 9.5%	567.557 10.6%	623.273 9.8%	697.409 11.9%	773.473 10.9%	843.956 9.1%	902.873 7.0%	964.069 6.8%	1.043.113 8.2%
XSO\$	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	99.755 7.9%	108.410 8.7%	111.003 2.4%	127.306 14.7%	115.390 -9.4%	125.400 8.7%	135.620 8.1%	145.975 7.6%	156.368 7.1%	169.112 8.1%
XST\$	REISEVERKEHR	157.520 -1.3%	150.183 -4.7%	147.052 -2.1%	148.251 .8%	151.435 2.1%	156.601 3.4%	162.598 3.8%	169.248 4.1%	176.164 4.1%	183.097 3.9%
XADJ\$	EXPORTE ADJUSTMENT	60.955 14.0%	67.259 10.3%	75.293 11.9%	89.953 19.5%	101.559 12.9%	108.023 6.4%	115.125 6.6%	122.111 6.1%	128.900 5.6%	137.375 6.6%
X\$	EXPORTE I.W.S.	786.507 -6%	838.841 6.7%	900.905 7.4%	988.783 9.8%	1.065.793 7.8%	1.163.497 9.2%	1.257.299 8.1%	1.340.206 6.6%	1.425.501 6.4%	1.532.698 7.5%
MG\$	WARENIMPORTE	562.313 -4.5%	623.314 10.8%	648.180 4.0%	704.104 8.6%	767.267 9.0%	829.462 8.1%	895.241 7.9%	951.457 6.3%	1.007.180 5.9%	1.079.338 7.2%
MSO\$	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	67.623 -6%	72.134 6.7%	76.047 5.4%	92.600 21.8%	76.673 -17.2%	83.324 8.7%	91.160 9.4%	98.972 8.6%	106.735 7.8%	115.995 8.7%
MST\$	REISEVERKEHR	96.093 4.2%	107.356 11.7%	117.547 9.5%	125.152 6.5%	132.112 5.6%	138.486 4.8%	143.131 3.4%	146.847 2.6%	151.789 3.4%	158.009 4.1%
MADJ\$	IMPORTE ADJUSTMENT	46.578 102.5%	40.159 -13.8%	68.730 71.1%	79.934 16.3%	88.807 11.1%	94.179 6.0%	101.048 7.3%	107.692 6.6%	114.114 6.0%	121.737 6.7%
M\$	IMPORTE I.W.S.	772.607 .1%	842.963 9.1%	910.504 8.0%	1.001.790 10.0%	1.064.859 6.3%	1.145.452 7.6%	1.230.580 7.4%	1.304.968 6.0%	1.379.818 5.7%	1.475.078 6.9%

TAB. 6 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. S ZU PREISEN 1983)

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
XG	WARENEXPORTE	462.724 -2.9%	502.438 8.6%	550.492 9.6%	603.362 9.6%	669.732 11.0%	734.696 9.7%	789.798 7.5%	832.447 5.4%	875.734 5.2%	933.533 6.6%
XSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	76.217 4.6%	80.940 6.2%	79.280 -2.1%	88.975 12.2%	78.298 -12.0%	82.213 5.0%	86.324 5.0%	90.208 4.5%	93.816 4.0%	98.507 5.0%
XST	REISEVERKEHR	117.742 -5.5%	108.035 -8.2%	103.522 -4.2%	102.137 -1.3%	102.954 .8%	104.601 1.6%	106.693 2.0%	108.827 2.0%	111.004 2.0%	113.224 2.0%
XADJ	EXPORTE ADJUSTMENT	60.232 14.9%	65.876 9.4%	73.029 10.9%	87.079 19.2%	97.528 12.0%	102.405 5.0%	107.525 5.0%	112.364 4.5%	116.858 4.0%	122.701 5.0%
X	EXPORTE I.W.S.	716.915 -1.3%	757.289 5.6%	806.323 6.5%	881.553 9.3%	948.512 7.6%	1.023.915 7.9%	1.090.340 6.5%	1.143.846 4.9%	1.197.413 4.7%	1.267.965 5.9%
MG	WARENIMPORTE	548.598 -4.0%	602.818 9.9%	623.850 3.5%	673.783 8.0%	725.359 7.7%	774.858 6.8%	822.328 6.1%	861.049 4.7%	898.893 4.4%	948.123 5.5%
MSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	45.181 -5.5%	46.511 2.9%	47.463 2.0%	56.427 18.9%	45.142 -20.0%	47.399 5.0%	50.006 5.5%	52.506 5.0%	54.869 4.5%	57.612 5.0%
MST	REISEVERKEHR	74.314 1.5%	83.855 12.8%	91.494 9.1%	95.028 3.9%	97.866 3.0%	100.086 2.3%	100.821 .7%	101.014 .2%	102.166 1.1%	103.759 1.6%
MADJ	IMPORTE ADJUSTMENT	40.119 97.3%	33.719 -16.0%	57.419 70.3%	66.390 15.6%	73.029 10.0%	76.680 5.0%	80.898 5.5%	84.943 5.0%	88.765 4.5%	93.203 5.0%
M	IMPORTE I.W.S.	708.212 -7.7%	766.903 8.3%	820.226 7.0%	891.628 8.7%	941.396 5.6%	999.023 6.1%	1.054.053 5.5%	1.099.513 4.3%	1.144.693 4.1%	1.202.698 5.1%

TAB. 7 : EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (1983 = 100)

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
PXG	WARENEXPORTE	101.200 -8%	102.100 .9%	103.100 1.0%	103.300 .2%	104.133 .8%	105.278 1.1%	106.857 1.5%	108.460 1.5%	110.087 1.5%	111.738 1.5%
PXSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	130.883 3.1%	133.939 2.3%	140.014 4.5%	143.081 2.2%	147.373 3.0%	152.531 3.5%	157.107 3.0%	161.820 3.0%	166.675 3.0%	171.675 3.0%
PXST	REISEVERKEHR	133.784 4.4%	139.013 3.9%	142.049 2.2%	145.149 2.2%	147.090 1.3%	149.712 1.8%	152.397 1.8%	155.520 2.0%	158.700 2.0%	161.713 1.9%
PX	EXPORTE I.W.S.	109.707 .7%	110.769 1.0%	111.730 .9%	112.164 .4%	112.365 .2%	113.632 1.1%	115.313 1.5%	117.166 1.6%	119.048 1.6%	120.878 1.5%
PMG	WARENIMPORTE	102.500 -5%	103.400 .9%	103.900 .5%	104.500 .6%	105.778 1.2%	107.047 1.2%	108.867 1.7%	110.500 1.5%	112.047 1.4%	113.839 1.6%
PMSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	149.671 5.1%	155.090 3.6%	160.224 3.3%	164.106 2.4%	169.850 3.5%	175.794 3.5%	182.299 3.7%	188.497 3.4%	194.529 3.2%	201.337 3.5%
PMST	REISEVERKEHR	129.307 2.6%	128.026 -1.0%	128.475 .4%	131.700 2.5%	134.993 2.5%	138.367 2.5%	141.965 2.6%	145.372 2.4%	148.570 2.2%	152.285 2.5%
PM	IMPORTE I.W.S.	109.093 .7%	109.918 .8%	111.006 1.0%	112.355 1.2%	113.115 .7%	114.657 1.4%	116.747 1.8%	118.686 1.7%	120.540 1.6%	122.647 1.7%
Var1	PX/PM*100 TERMS OF TRADE, GESAMT	100.563 -1%	100.774 .2%	100.652 -1%	99.830 -8%	99.337 -5%	99.106 -2%	98.771 -3%	98.719 -1%	98.762 .0%	98.558 -2%
Var2	PXG/PMG*100 TERMS OF TRADE, GUETER	98.732 -3%	98.743 .0%	99.230 .5%	98.852 -4%	98.445 -4%	98.348 -1%	98.154 -2%	98.154 .0%	98.251 .1%	98.154 -1%

TAB. 8 : LEISTUNGSBILANZ MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
X09\$	EXPORTE WAREN LT. AHST	467.171 -4.2%	512.515 9.7%	580.015 13.2%	612.190 5.5%	683.041 11.6%	754.915 10.5%	822.857 9.0%	880.457 7.0%	937.687 6.5%	1.012.702 8.0%
M09\$	IMPORTE WAREN LT. AHST	564.909 -4.9%	628.878 11.3%	668.030 6.2%	712.760 6.7%	776.908 9.0%	839.838 8.1%	901.836 7.4%	956.479 6.1%	1.009.225 5.5%	1.077.514 6.8%
BPTAH	WARENVERKEHRSBILANZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-97.738 8.627	-116.363 -18.625	-88.015 28.348	-100.570 -12.555	-93.867 6.703	-84.923 8.944	-78.979 5.944	-76.022 2.957	-71.538 4.484	-64.812 6.726
BPST	REISEVERKEHRSBILANZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	61.427 -5.973	42.827 -18.600	29.505 -13.322	22.689 -6.816	19.323 -3.366	18.114 -1.208	19.466 1.352	22.397 2.930	24.374 1.978	25.095 .721
BPKE	SALDO KAPITALERTRAEGE ABSOLUTE DIFFERENZEN	-11.533 1.550	-10.812 .721	-9.977 .835	-8.889 1.088	-8.000 .889	-8.000 .000	-10.000 -2.000	-12.000 -2.000	-14.000 -2.000	-16.000 -2.000
BPRP	SALDO SONST. POSITIONEN ABSOLUTE DIFFERENZEN	52.315 -9.724	71.989 19.674	43.158 -28.831	54.330 11.172	58.718 4.388	61.254 2.536	63.704 2.450	66.252 2.548	68.902 2.650	71.659 2.756
BPTR	TRANSFERBILANZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-12.716 -1.097	-8.258 4.458	-21.670 -13.412	-10.930 10.740	-16.000 -5.070	-18.000 -2.000	-20.000 -2.000	-23.000 -3.000	-26.000 -3.000	-30.000 -4.000
BPC	LEISTUNGSBILANZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-8.245 -6.617	-20.617 -12.372	-46.999 -26.382	-43.370 3.629	-39.827 3.543	-31.555 8.272	-25.811 5.744	-22.363 3.448	-18.270 4.092	-14.059 4.211

TAB. 10 : ARBEITSMARKT

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
POPWAT	ERWERBSFAEHIGE BEVOELKERUNG IN 1000	5.188.400 1.0%	5.210.200 .4%	5.221.600 .2%	5.237.000 .3%	5.255.000 .3%	5.272.000 .3%	5.275.177 .1%	5.277.540 .0%	5.283.399 .1%	5.296.319 .2%
TLFPR	ERWERBSQUOTE	70.701 -5%	70.377 -5%	70.002 -5%	69.623 -5%	69.529 -1%	69.517 .0%	69.600 .1%	69.675 .1%	69.779 .1%	69.900 .2%
TLF	ERWERBSPERSONEN	3.668.275 .5%	3.666.773 .0%	3.655.202 -3%	3.646.160 -2%	3.653.750 .2%	3.664.928 .3%	3.671.548 .2%	3.677.119 .2%	3.686.707 .3%	3.702.128 .4%
Var1	INLAENDISCHE ERWERBSPERSONEN	3.363.679 .3%	3.350.310 -4%	3.330.009 -6%	3.318.203 -4%	3.327.000 .3%	3.336.928 .3%	3.337.548 .0%	3.341.119 .1%	3.348.707 .2%	3.361.128 .4%
DLFFOR	AUSLAENDISCHES ARBEITS- KRAEFTEANGEBOT	304.596 3.0%	316.463 3.9%	325.194 2.8%	327.957 .8%	326.750 -4%	328.000 .4%	334.000 1.8%	336.000 .6%	338.000 .6%	341.000 .9%
SEG	SELBSTAENDIG ERWERBSTAETIGE	391.100 -2.5%	381.100 -2.6%	371.300 -2.6%	368.400 -8%	364.686 -1.0%	361.502 -9%	359.335 -6%	357.515 -5%	356.029 -4%	354.862 -3%
DLF	ARBEITSKRAEFTEANGEBOT	3.277.175 .9%	3.285.673 .3%	3.283.902 -1%	3.277.760 -2%	3.288.917 .3%	3.303.427 .4%	3.312.213 .3%	3.319.604 .2%	3.330.678 .3%	3.347.266 .5%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV-BESCHAEFTIGTE	2.955.841 -3%	2.971.732 .5%	2.972.259 .0%	2.955.749 -6%	2.968.506 .4%	2.990.283 .7%	3.012.768 .8%	3.030.929 .6%	3.045.157 .5%	3.061.905 .5%
LENACT	KUG-BEZIEHER UND PRAESENZDIENER	99.069 7.6%	99.000 -1%	95.927 -3.1%	91.504 -4.6%	87.063 -4.9%	79.000 -9.3%	72.000 -8.9%	69.000 -4.2%	68.000 -1.4%	68.000 .0%
UN	ARBEITSLOSE	222.265 15.1%	214.941 -3.3%	215.716 .4%	230.507 6.9%	233.348 1.2%	234.144 .3%	227.445 -2.9%	219.675 -3.4%	217.521 -1.0%	217.361 -1%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.782 .839	6.542 -240	6.569 .027	7.032 .464	7.095 .063	7.088 -007	6.867 -221	6.618 -249	6.531 -087	6.494 -037

TAB. 11 : EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	2.125.343 3.3%	2.239.621 5.4%	2.334.358 4.2%	2.421.623 3.7%	2.499.442 3.2%	2.601.628 4.1%	2.713.042 4.3%	2.830.046 4.3%	2.944.914 4.1%	3.065.215 4.1%
DEP\$	ABSCHREIBUNGEN LT. VGR	270.078 6.9%	288.691 6.9%	306.784 6.3%	324.700 5.8%	343.426 5.8%	364.925 6.3%	387.769 6.3%	412.043 6.3%	437.837 6.3%	465.246 6.3%
TIV	INDIREKTE STEUERN LT. VGR	340.005 4.4%	356.603 4.9%	367.337 3.0%	387.463 5.5%	399.832 3.2%	413.804 3.5%	430.048 3.9%	447.309 4.0%	464.671 3.9%	482.343 3.8%
SUBV	SUBVENTIONEN LT. VGR	67.630 7.6%	57.212 -15.4%	69.270 21.1%	72.950 5.3%	71.126 -2.5%	69.704 -2.0%	71.098 2.0%	72.520 2.0%	73.970 2.0%	75.450 2.0%
YF\$	FAKTOREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-9.429 -2.4%	-8.237 -12.6%	-7.624 -7.4%	-7.614 -1.1%	-7.500 -1.5%	-7.500 .0%	-7.500 .0%	-7.500 .0%	-7.500 .0%	-7.500 .0%
Y\$	NETTO-NATIONALPRODUKT NOMINELL	1.573.461 2.7%	1.643.302 4.4%	1.721.883 4.8%	1.774.796 3.1%	1.819.809 2.5%	1.885.104 3.6%	1.958.823 3.9%	2.035.713 3.9%	2.108.876 3.6%	2.185.575 3.6%
ZSSV	ZINSEN FUER DIE STAATSSCHULD LT. VGR	91.950 5.1%	91.058 -1.0%	102.392 12.4%	106.811 4.3%	106.738 -1.1%	110.698 3.7%	115.227 4.1%	120.314 4.4%	124.362 3.4%	128.213 3.1%
ZKSV	ZINSEN FUER DIE KONSUMENTENSCHULD LT. VGR	43.333 1.2%	43.839 1.2%	44.074 .5%	43.237 -1.9%	42.993 -6.6%	41.725 -3.0%	42.290 1.4%	44.314 4.8%	46.869 5.8%	49.438 5.5%
YWGG\$	BRUTTO-LOHNSUMME LT. VGR	1.151.169 4.1%	1.195.303 3.8%	1.237.075 3.5%	1.251.350 1.2%	1.277.705 2.1%	1.316.554 3.0%	1.361.473 3.4%	1.410.068 3.6%	1.455.183 3.2%	1.501.986 3.2%
EBU	EINKOMMEN AUS BESITZ UND UNTERNEHMUNG	557.575 .1%	582.896 4.5%	631.274 8.3%	673.494 6.7%	691.836 2.7%	720.973 4.2%	753.783 4.6%	790.208 4.8%	824.887 4.4%	861.278 4.4%

TAB. 12 : DISPONIBLES EINKOMMEN (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
YWGG\$	BRUTTOLOHNSUMME LT. VGR	1.151.169 4.1%	1.195.303 3.8%	1.237.075 3.5%	1.251.350 1.2%	1.277.705 2.1%	1.316.554 3.0%	1.361.473 3.4%	1.410.068 3.6%	1.455.183 3.2%	1.501.986 3.2%
EBUS	SONSTIGE EINKOMMEN AUS BESITZ UND UNTERNEHMUNG	382.010 -3.8%	406.149 6.3%	446.766 10.0%	494.370 10.7%	498.947 .9%	519.960 4.2%	543.622 4.6%	569.892 4.8%	594.902 4.4%	621.147 4.4%
TRANSV	TRANSFERS LAUT VGR	463.392 11.5%	493.940 6.6%	511.440 3.5%	526.225 2.9%	534.118 1.5%	544.801 2.0%	569.317 4.5%	594.936 4.5%	621.708 4.5%	649.685 4.5%
ZKSV	ZINSEN FUER DIE KONSUMENTENSCHULD	43.333 1.2%	43.839 1.2%	44.074 .5%	43.237 -1.9%	42.993 -.6%	41.725 -3.0%	42.290 1.4%	44.314 4.8%	46.869 5.8%	49.438 5.5%
TDHV	DIREKTE STEUERN DER PRIVATEN HAUSHALTE	267.853 7.2%	265.798 -.8%	286.510 7.8%	305.898 6.8%	326.556 6.8%	340.864 4.4%	358.060 5.0%	376.862 5.3%	395.133 4.8%	414.169 4.8%
SVB	SOZIALVERSICHERUNGS- BEITRAEGE	280.022 6.8%	300.523 7.3%	315.815 5.1%	327.835 3.8%	336.827 2.7%	349.037 3.6%	364.081 4.3%	380.368 4.5%	395.912 4.1%	412.159 4.1%
IMPP\$	IMPUTIERTE PENSIONEN	56.260 5.9%	54.418 -3.3%	55.622 2.2%	53.496 -3.8%	54.000 .9%	54.000 .0%	55.080 2.0%	56.182 2.0%	57.305 2.0%	58.451 2.0%
RYD\$	DISPONIBLES EINKOMMEN REST	35.100 7.9%	34.751 -1.0%	34.300 -1.3%	36.256 5.7%	36.256 .0%	36.256 .0%	36.256 .0%	36.256 .0%	36.256 .0%	36.256 .0%
YD\$	DISPONIBLES EINKOMMEN NOMINELL	1.314.003 2.9%	1.396.063 6.2%	1.458.960 4.5%	1.505.223 3.2%	1.514.136 .6%	1.559.433 3.0%	1.618.652 3.8%	1.680.927 3.8%	1.740.308 3.5%	1.802.336 3.6%

TAB. 13 : MONETAERER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE)

		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
BGK	BARGELD OHNE GOLD- UND SILBERMÜNZEN	122.678 6.5%	129.094 5.2%	135.077 4.6%	142.709 5.6%	145.540 2.0%	148.859 2.3%	151.409 1.7%	155.708 2.8%	160.678 3.2%	166.002 3.3%
SI	SICHTEINLAGEN	180.677 9.9%	207.393 14.8%	228.075 10.0%	262.576 15.1%	281.631 7.3%	303.029 7.6%	325.135 7.3%	346.803 6.7%	367.486 6.0%	390.388 6.2%
M1	GELDMENGE M1	303.355 8.5%	336.487 10.9%	363.152 7.9%	405.284 11.6%	427.170 5.4%	451.887 5.8%	476.544 5.5%	502.511 5.4%	528.164 5.1%	556.390 5.3%
TE	TERMINEINLAGEN INKL. AUFGENOMMENE GELDER	114.135 -17.1%	101.310 -11.2%	111.417 10.0%	105.470 -5.3%	100.181 -5.0%	93.952 -6.2%	88.858 -5.4%	82.590 -7.1%	75.408 -8.7%	67.930 -9.9%
SP	SPAREINLAGEN	1.376.533 6.7%	1.445.395 5.0%	1.501.866 3.9%	1.550.190 3.2%	1.589.377 2.5%	1.639.530 3.2%	1.742.848 6.3%	1.871.044 7.4%	2.005.325 7.2%	2.144.638 6.9%
D	EINLAGEVOLUMEN	1.671.346 5.0%	1.754.098 5.0%	1.841.357 5.0%	1.918.235 4.2%	1.971.188 2.8%	2.036.511 3.3%	2.156.841 5.9%	2.300.436 6.7%	2.448.220 6.4%	2.602.956 6.3%
KV	KREDITVOLUMEN	2.148.359 5.2%	2.227.041 3.7%	2.353.374 5.7%	2.497.248 6.1%	2.609.285 4.5%	2.805.220 7.5%	3.065.112 9.3%	3.356.070 9.5%	3.654.941 8.9%	3.952.835 8.2%
FRC	WÄHRUNGSRESERVEN OHNE RESERVESCHÖPFUNG	168.839 13.4%	206.977 22.6%	219.394 6.0%	228.291 4.1%	207.127 -9.3%	195.568 -5.6%	209.706 7.2%	223.781 6.7%	234.353 4.7%	246.706 5.3%
ZG	ZENTRALBANKGELD	219.368 3.8%	235.529 7.4%	240.145 2.0%	246.781 2.8%	252.487 2.3%	260.314 3.1%	269.361 3.5%	278.326 3.3%	286.862 3.1%	296.011 3.2%
RSEK	SEKUNDAERMARKT RENDITE i.w.S.	6.741 -19.6%	6.673 -1.0%	6.467 -3.1%	5.302 -18.0%	4.821 -9.1%	5.115 6.1%	5.371 5.0%	5.321 -.9%	5.251 -1.3%	5.192 -1.1%
RBM	BENCHMARK- RENDITE 10 JAHRE	6.700 -17.3%	7.000 4.5%	7.200 2.9%	6.300 -12.5%	5.700 -9.5%	5.400 -5.3%	5.600 3.7%	5.600 .0%	5.600 .0%	5.600 .0%